

VWL III:

MODUL AKTUELLE UND INTERNATIONALE FRAGEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK



Teil 6: Geld- und Fiskalpolitik (in der Europäischen Union)/Die Finanzmarktkrise und ihre Folgen auf die europäische Wirtschaft

Ziele

2

Die Studierenden...

...kennen die wirtschaftshistorischen Prozesse, die zu einer Entwicklung Deutschlands in zwei verschiedenen Wirtschaftssystemen geführt haben

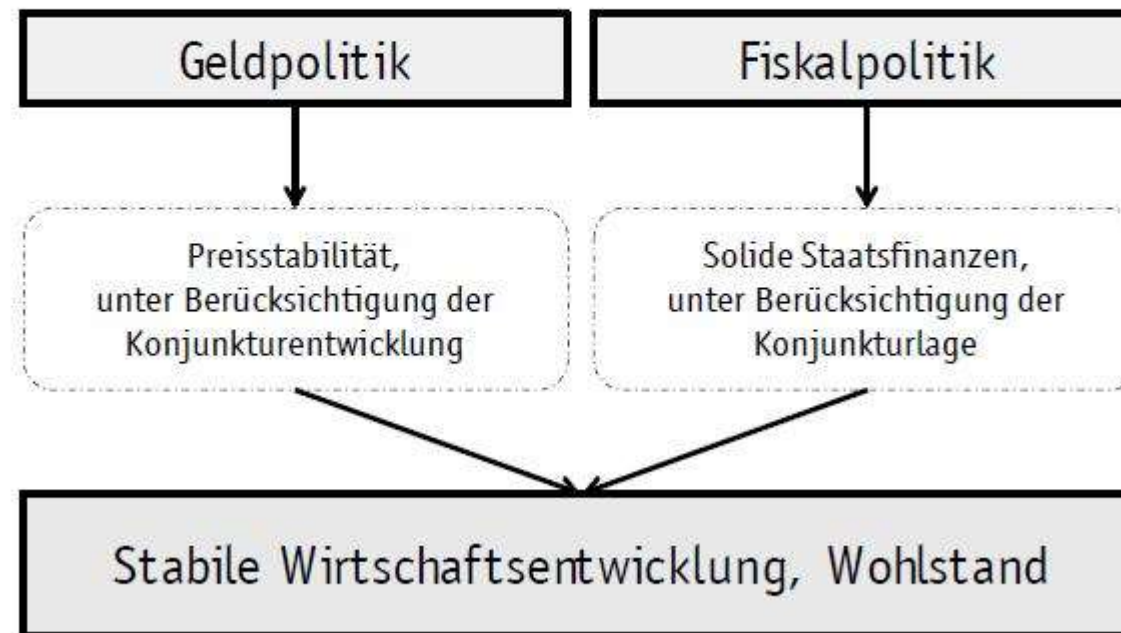
...kennen die Merkmale einer Planwirtschaft

...verstehen die Probleme einer Transformation von einer Planwirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft

...können den Entwicklungspfad einschätzen, den die ostdeutsche Wirtschaft noch nehmen muss, um auf das Niveau der westdeutschen Wirtschaft zu kommen

...kennen die Relevanz des Themas für die Transformationsprozesse in anderen Schwellen- und Industrieländern

Ziele der Fiskal- und Geldpolitik





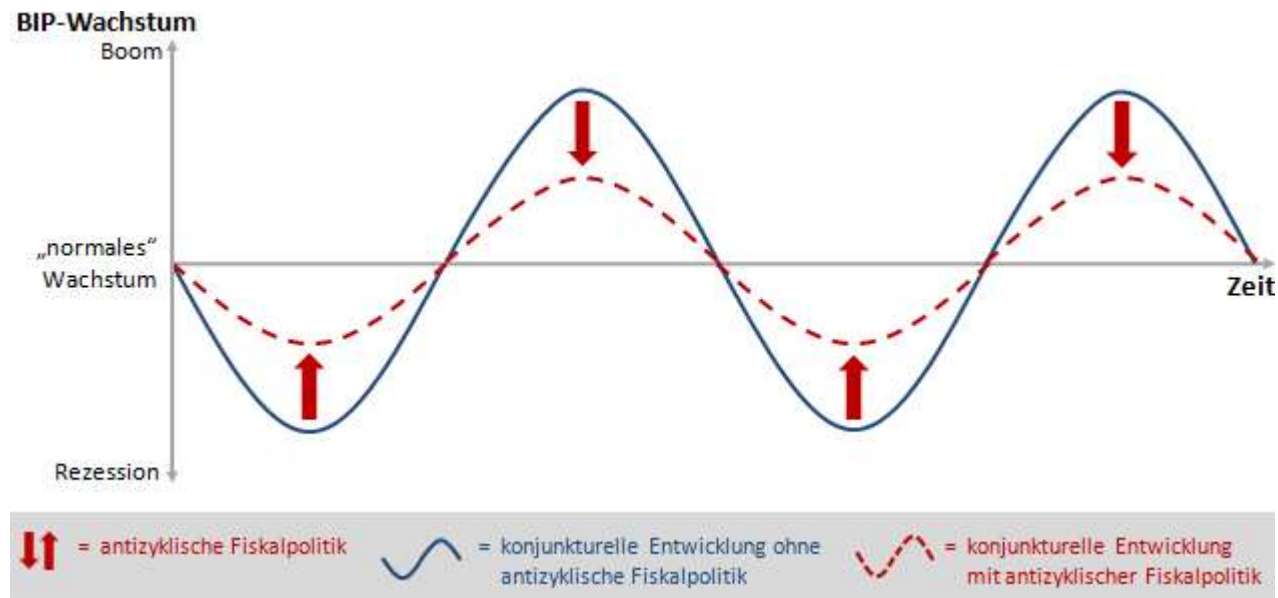
4

Fiskalpolitik

Prof. D. Werner Halver VWL III

Fiskalpolitik

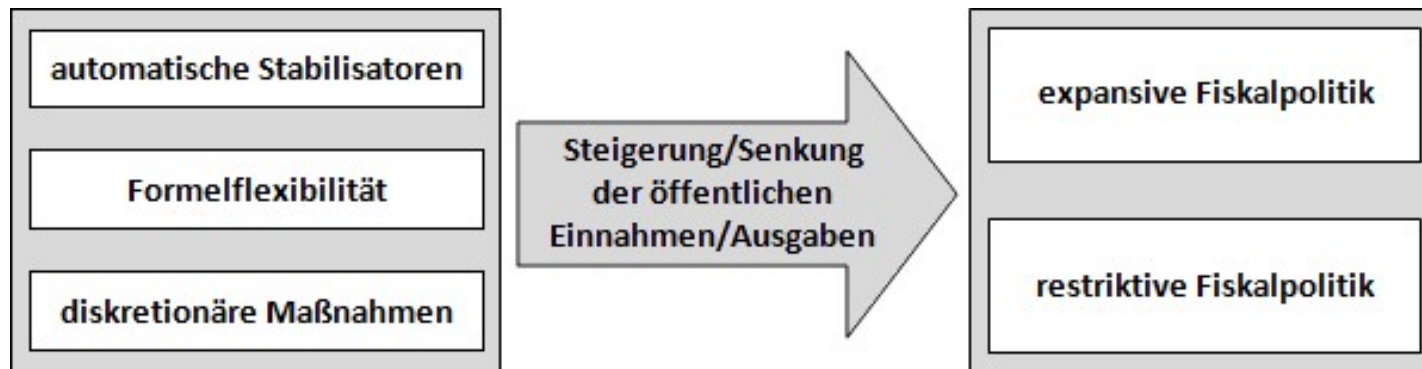
5



<http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-fiskalpolitik.html>

		Maßnahmentyp der Fiskalpolitik	
		Variation öffentlicher Einnahmen	Variation öffentlicher Ausgaben
Art der Fiskalpolitik	expansiv	Einnahmen senken (z.B. Steuersenkung, Abschaffung einer bestehenden Steuer)	Ausgaben steigern (z.B. Sozialleistungen ausbauen, verstärkte Auftragsvergabe, Subventionen steigern)
	restriktiv	Einnahmen steigern (z.B. Steuererhöhung, Einführung einer neuen Steuer)	Ausgaben senken (z.B. Sozialleistungen senken, geringere Auftragsvergabe, Subventionen verringern)

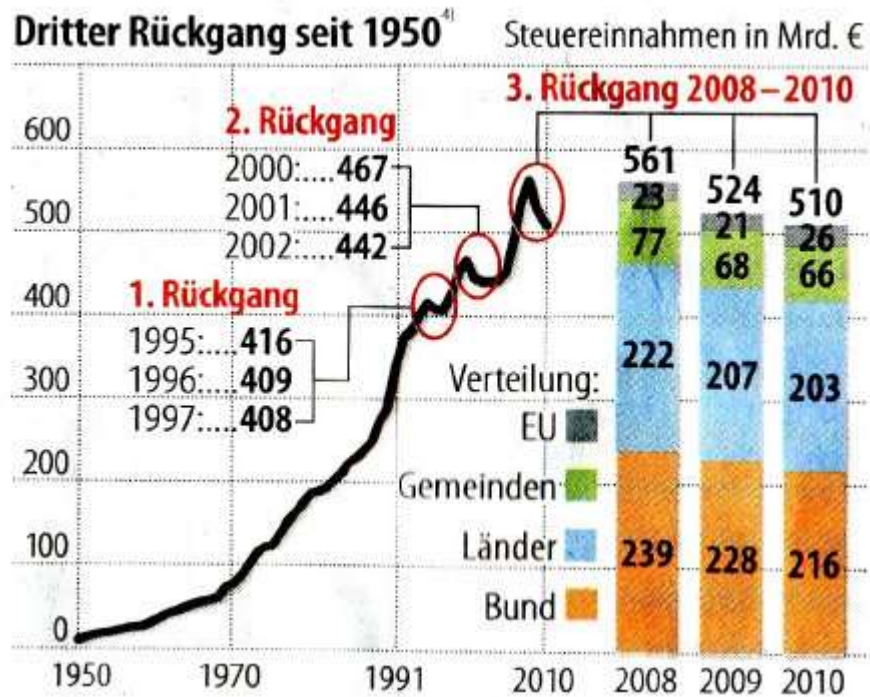
<http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-fiskalpolitik.html>



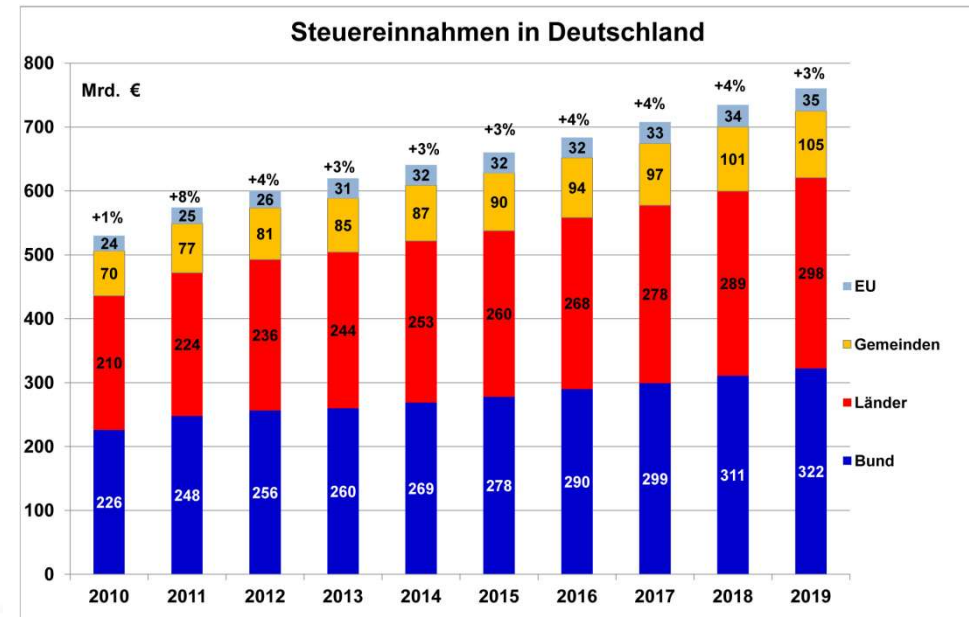
<http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-fiskalpolitik.html>

Steuereinnahmen

8



Quelle: 20 100 507 faz steuereinnahmen deutschland

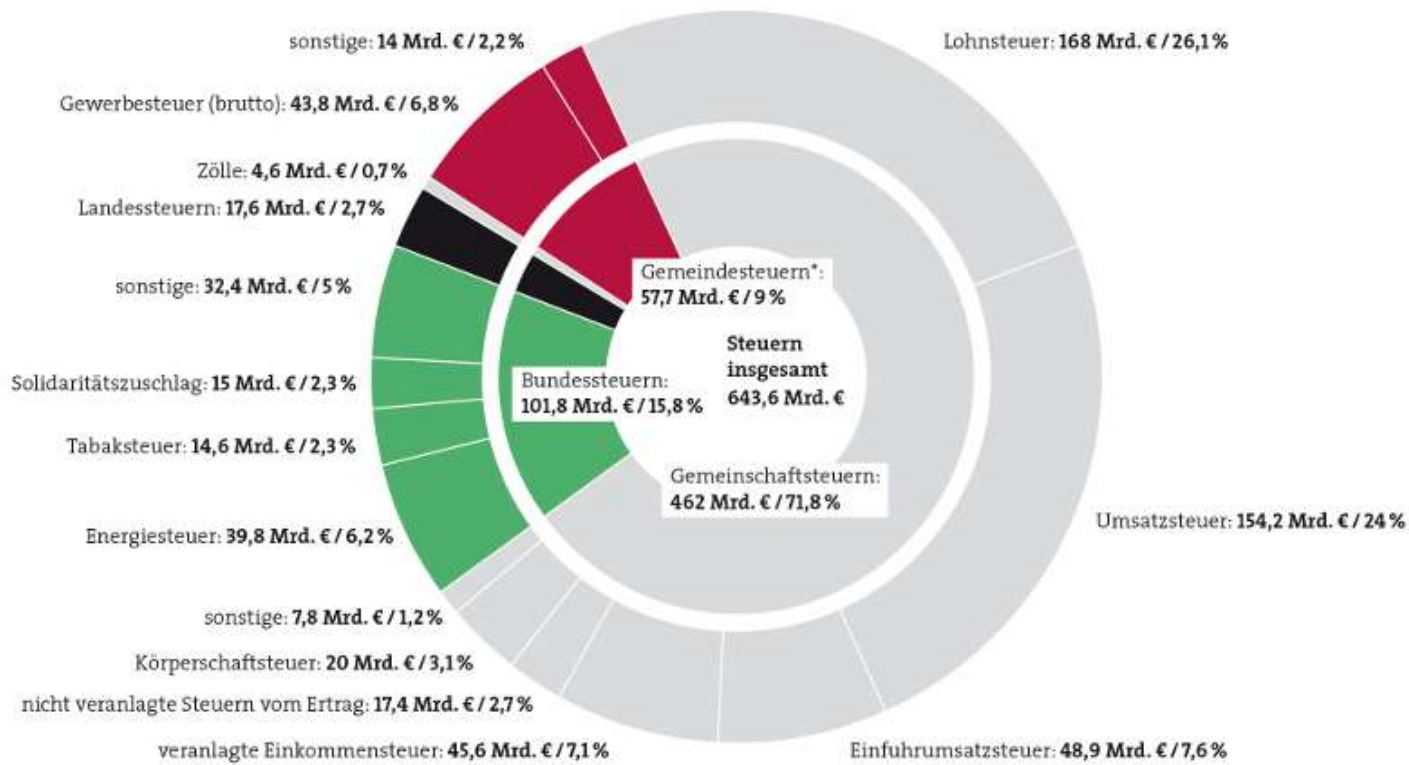


Quelle: Statistik des Bundes und der Länder, lfd. Jahrgänge

Steuereinnahmen nach Steuerarten

Kassenmäßige Steuereinnahmen in absoluten Zahlen und Anteile in Prozent, 2014

9

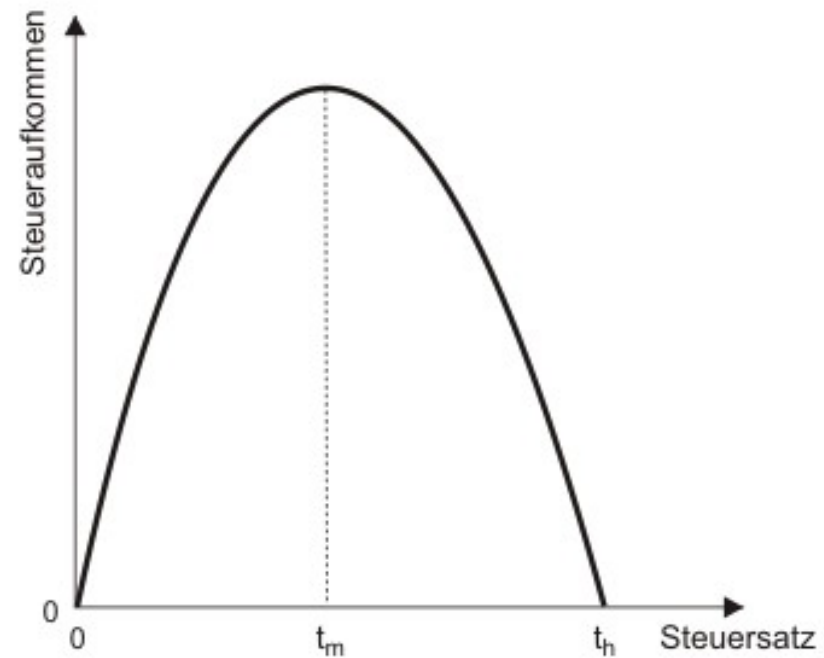


www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61874/steuereinnahmen; Zahlen aktualisiert, Quelle: Statistisches Bundesamt

*ohne steuerähnliche Einnahmen

Das Modell von David Laffer: Steuern erhöhen oder senken?

10

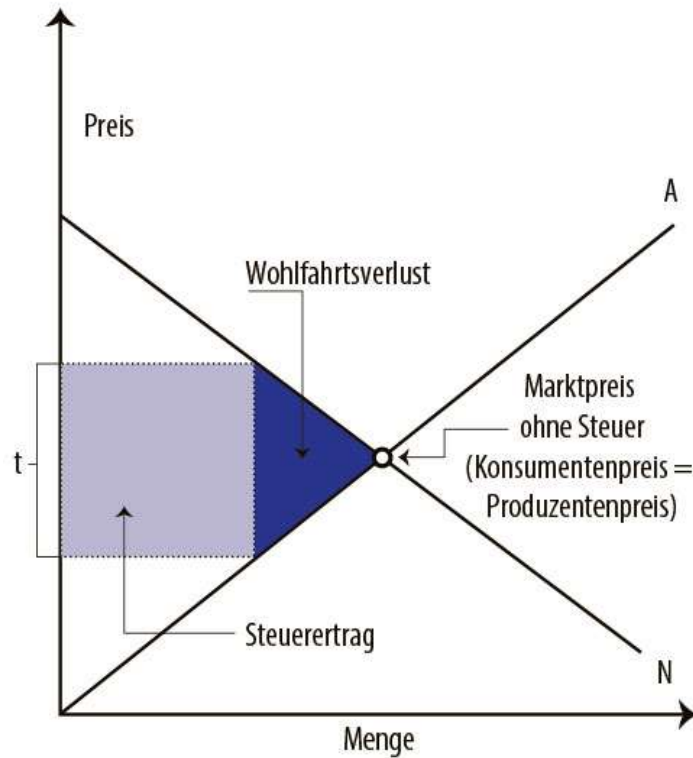


Prof. D. Werner Halver VWL III

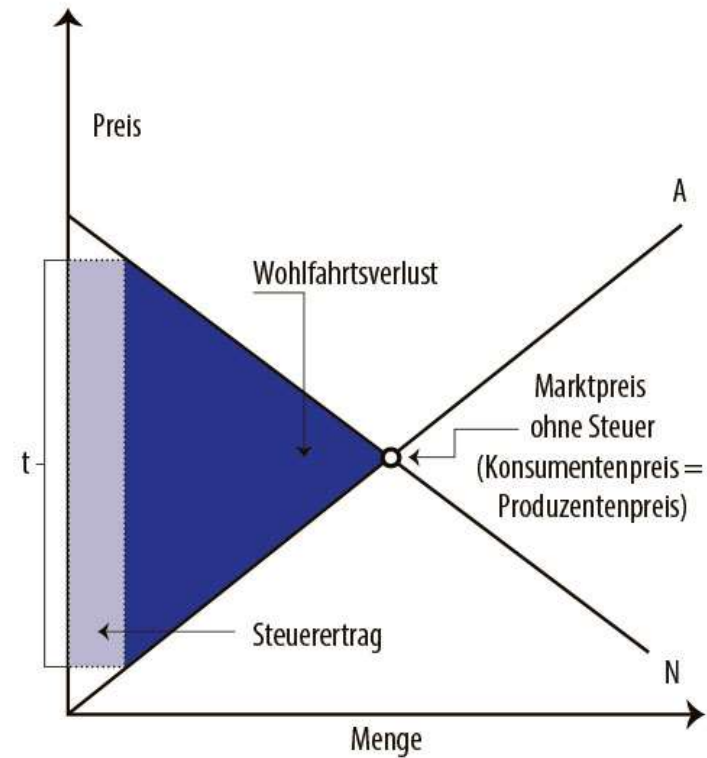
Wohlfahrtsverlust durch Steuern

11

Tiefe Steuer



Hohe Steuer



Quelle: Aymo Brunetti; Volkswirtschaftslehre / Grafik FuW, mnab

Prof. D. Werner Halver VWL III



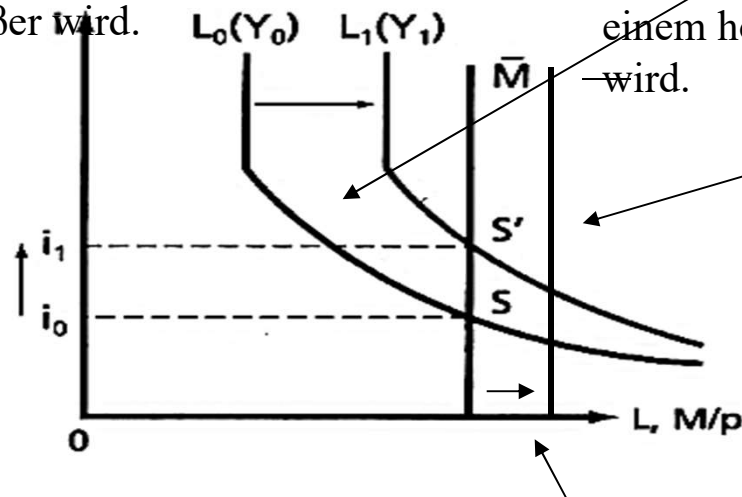
12

Geldpolitik

Prof. D. Werner Halver VWL III

Geldmarktgleichgewicht

L_t verschiebt sich
nach rechts, wenn
das Einkommen
(Y) in der Vw
größer wird.



L_s : Rechtsverschiebung wenn
die Spekulationskasse nur zu
einem höheren Zins gehalten
wird.

S und $S' =$
Geldmarkt-
gleichgewicht

Die Angebotskurve M verschiebt sich nach rechts,
wenn die Zentralbank die Geldmenge vergrößert

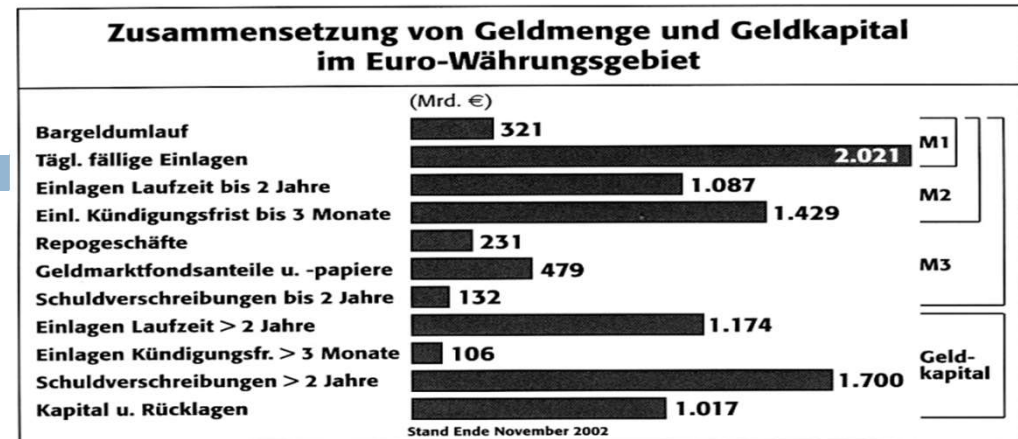
Geldmengenbegriffe

Unter der Geldmenge versteht man in der Ökonomie den gesamten Bestand an Geld, der in einer Volkswirtschaft zur Verfügung steht. Die Summe aus Bargeld und Sichteinlagen wird auch als reale Geldmenge bezeichnet. Sie deckt sich mit der Geldmenge M1.

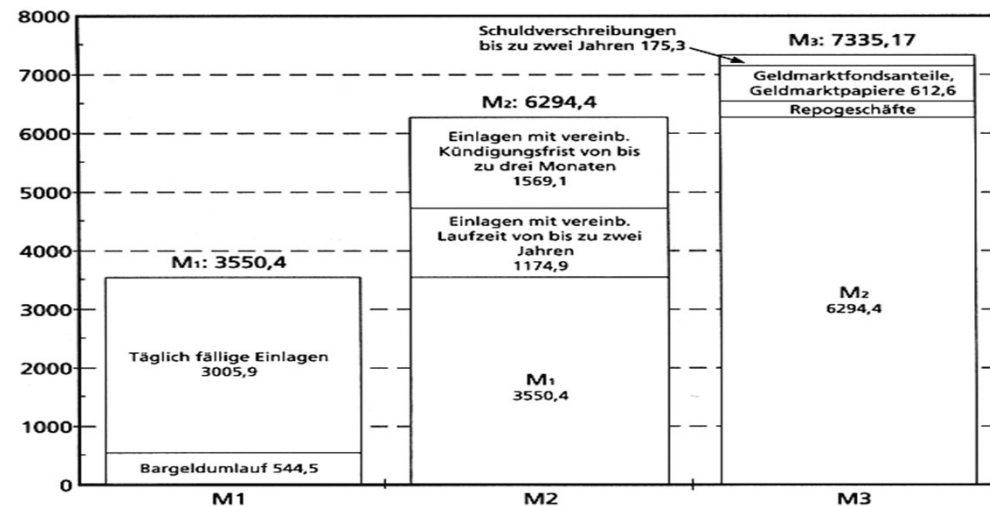
- In der Volkswirtschaftslehre und von den Zentralbanken werden verschiedene Geldmengenkonzepte betrachtet, die durch ein »M« gefolgt von einer Zahl bezeichnet werden. Für M1 und die folgenden Geldmengenaggregate M2 und M3 gilt dabei stets, dass das Geldmengenaggregat mit einer höheren Zahl das mit einer niederen einschließt. Außerdem soll eine niedrigere Zahl eine größere Nähe der betrachteten Geldmenge zu unmittelbaren realwirtschaftlichen Transaktionen bedeuten. Die Abgrenzung der einzelnen Aggregate ist konventionell und international nicht einheitlich.

Für M1 bis M3 definiert z.B. die Deutsche Bundesbank/EZB:

- M1: Bargeldumlauf und Sichteinlagen (unterliegen keiner Kündigungsfrist und stehen deshalb jederzeit als Zahlungsmittel zur Verfügung);
- M2: M1 plus Termineinlagen bis zu 2 Jahren Fälligkeit;
- M3: M2 plus Repogeschäfte, Geldmarktfonds, Schuldverschreibungen bis 2 Jahre.



Quelle: Europäische Zentralbank.

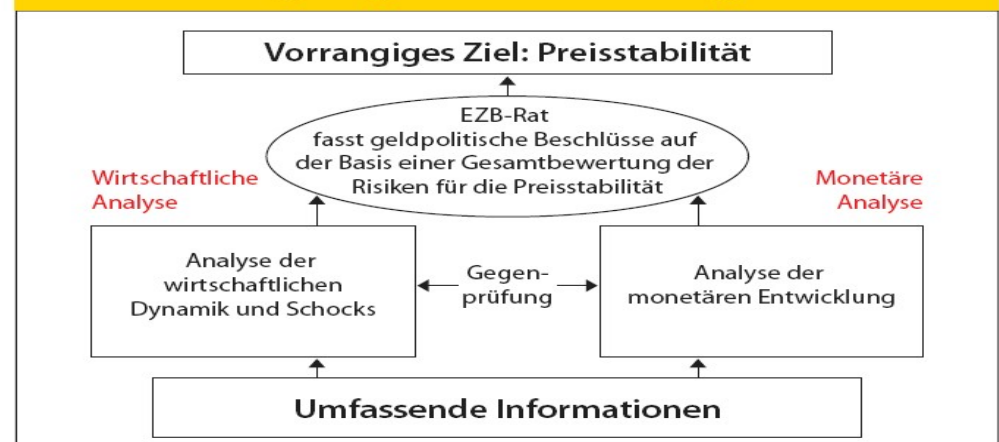


Zwei-Säulen-Konzept der EZB

Die Strategie der EZB sieht vor, dass geldpolitische Entscheidungen auf der Basis einer **umfassenden Analyse der Risiken für die Preisstabilität** getroffen wird.

- **wirtschaftliche Analyse**
- **monetäre Analyse**

Abbildung: Die stabilitätsorientierte geldpolitische Strategie der EZB



Quelle: Europäische Zentralbank (2004), Die Geldpolitik der EZB, S. 70.

Ziel der EZB



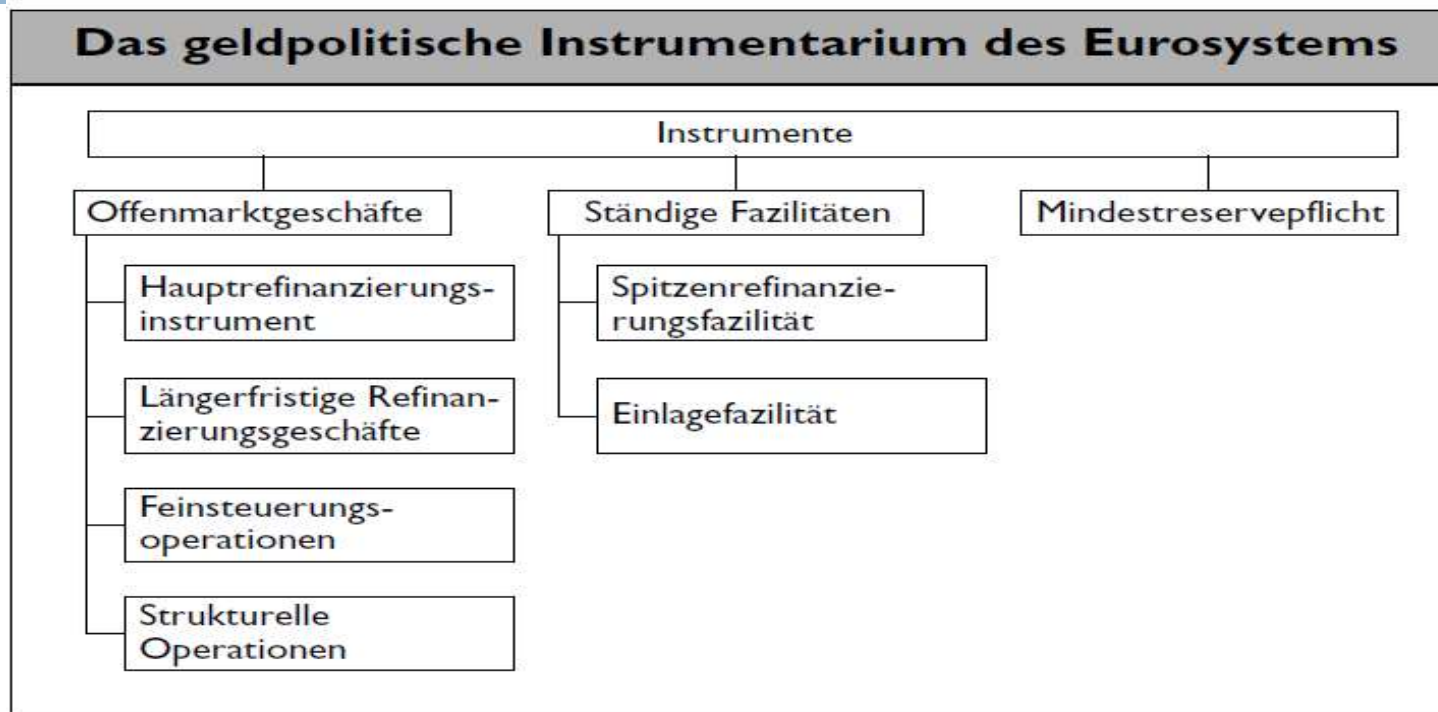
GELDMENGENZIEL

Am 1. Dezember 1998 hat der EZB-Rat das erste Geldmengenziel beschlossen, das eine wichtige Rolle im Rahmen der geldpolitischen Strategie des EZB spielt. Danach soll die Geldmenge in der Definition M3 um jährlich 4,5 Prozent wachsen. Den Spielraum für das Geldmengenwachstum hat der EZB-Rat folgendermaßen berechnet:

	Inflationsrate der Eurozone (gemessen anhand des harmonisierten Verbraucherpreis-Index):	0 – 2 Prozent
+	trendmäßiges Wachstum des Bruttoinlandprodukts in der Eurozone	2 – 2,5 Prozent
+	Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit der Eurogeldmenge	0,5 – 1 Prozent
=	Spielraum für das Euro-Geldmengenwachstum	2,5 – 5,5 Prozent

Geldmengenziel. Die Ableitung des Geldmengenziels der Europäischen Zentralbank

Instrumente der Geldpolitik



Transmission geldpolitischer Impulse

(schematische und stark vereinfachte Darstellung)

18

Leitzins

↑

↓

Geldmarktzinsen

↑

↓

Bankzinsen
Kapitalmarktzinsen

↑

↓

Nachfrage nach Krediten
Geldmenge

↓

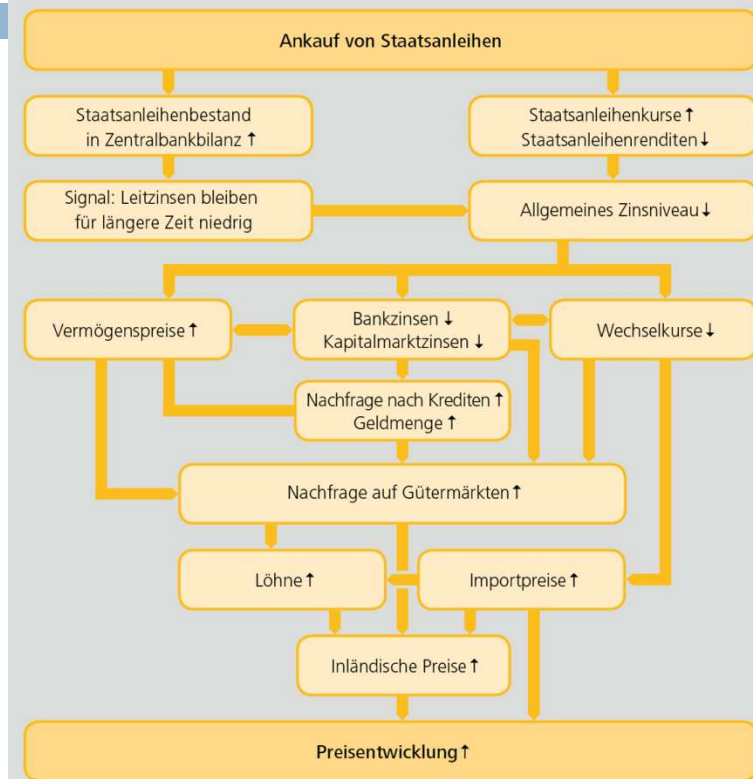
↑

Nachfrage auf Gütermärkten

↓

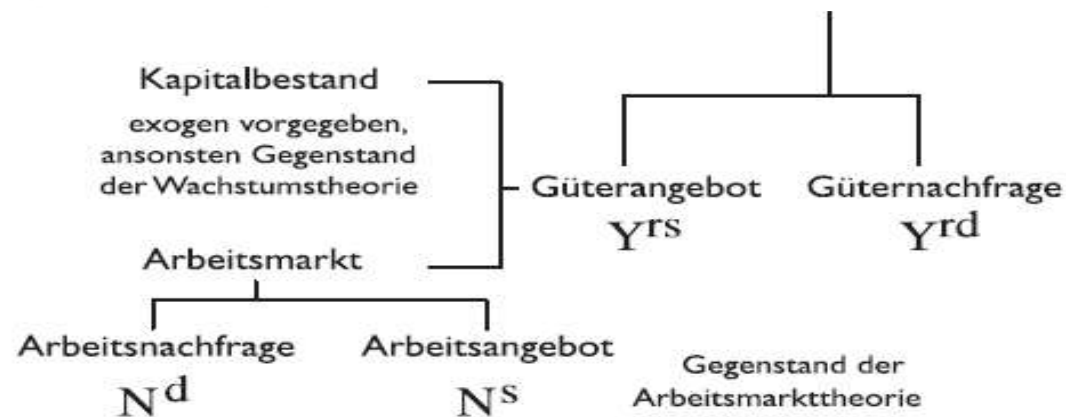
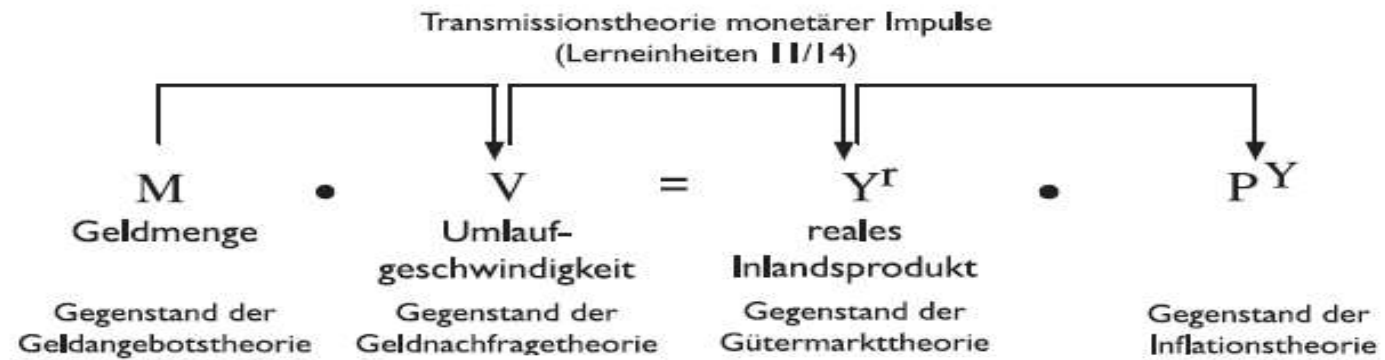
↑

Wirkungszusammenhänge bei Wertpapierkäufen im Rahmen der quantitativen Lockerung

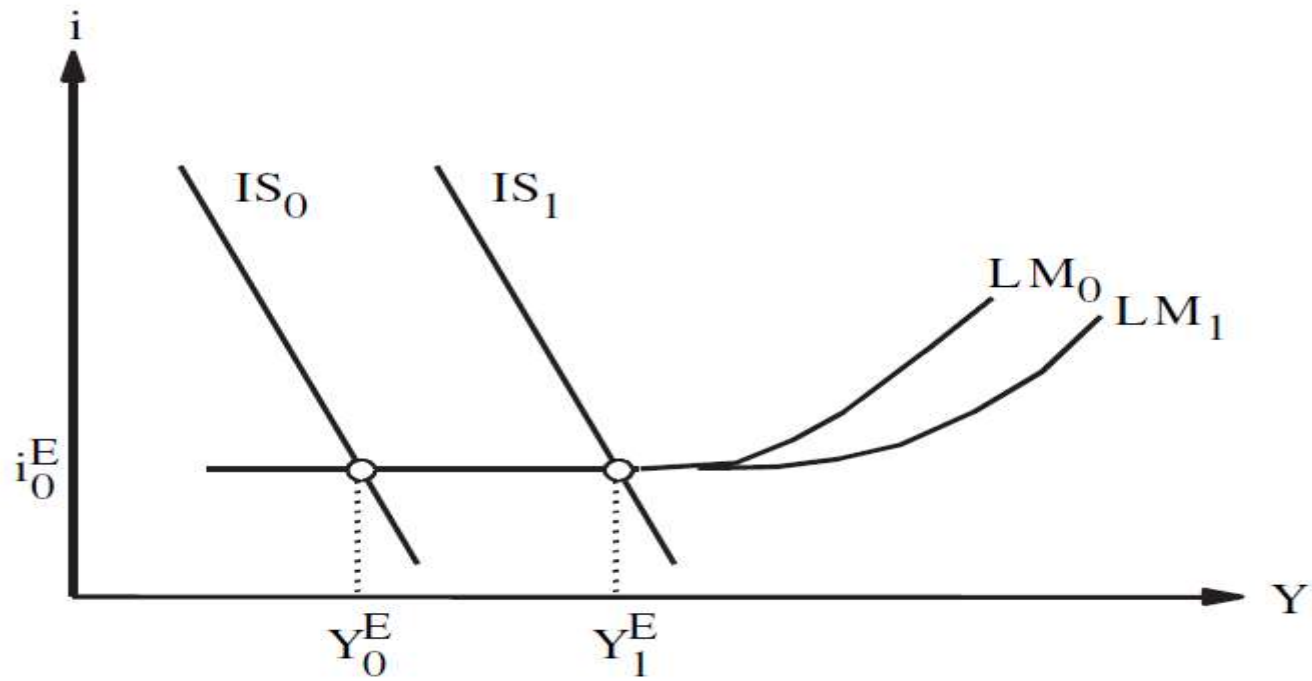


Deutsche Bundesbank, Dezember 2015

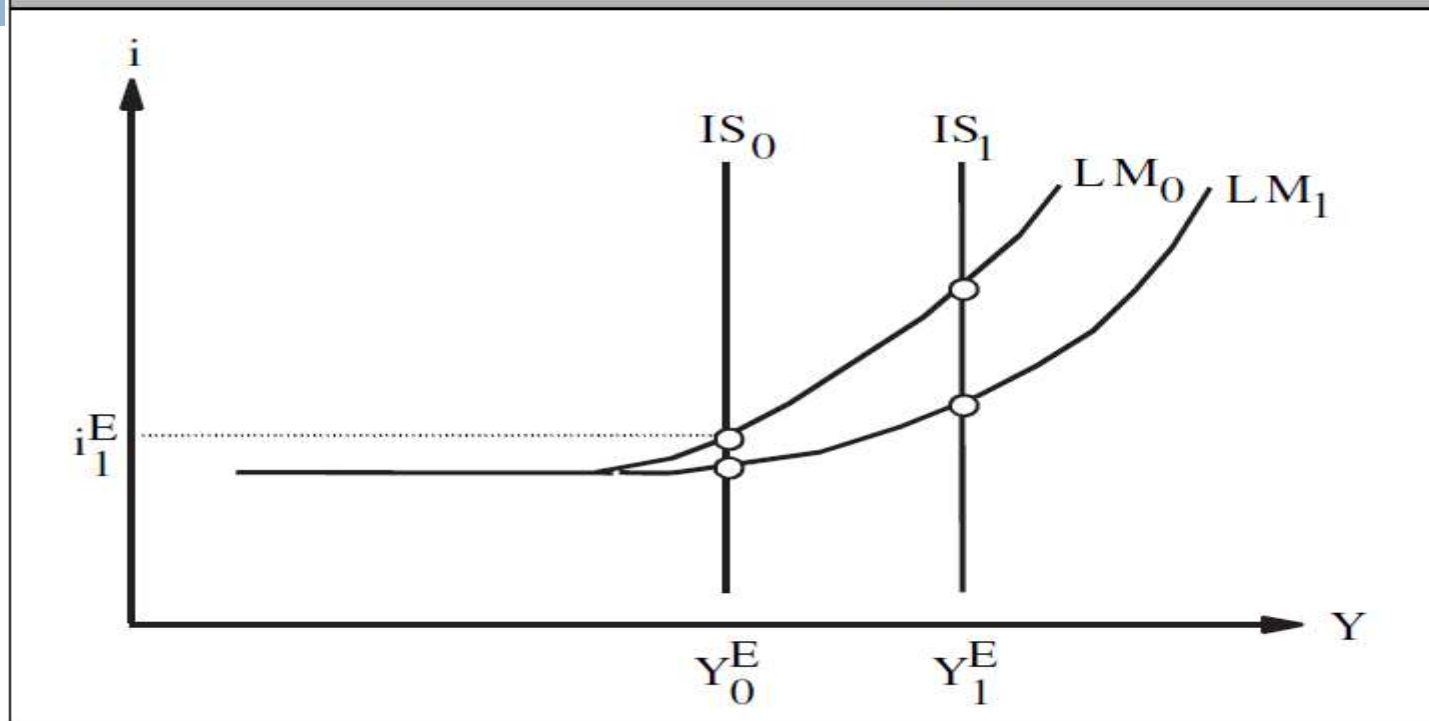
Fishersche Verkehrsgleichung



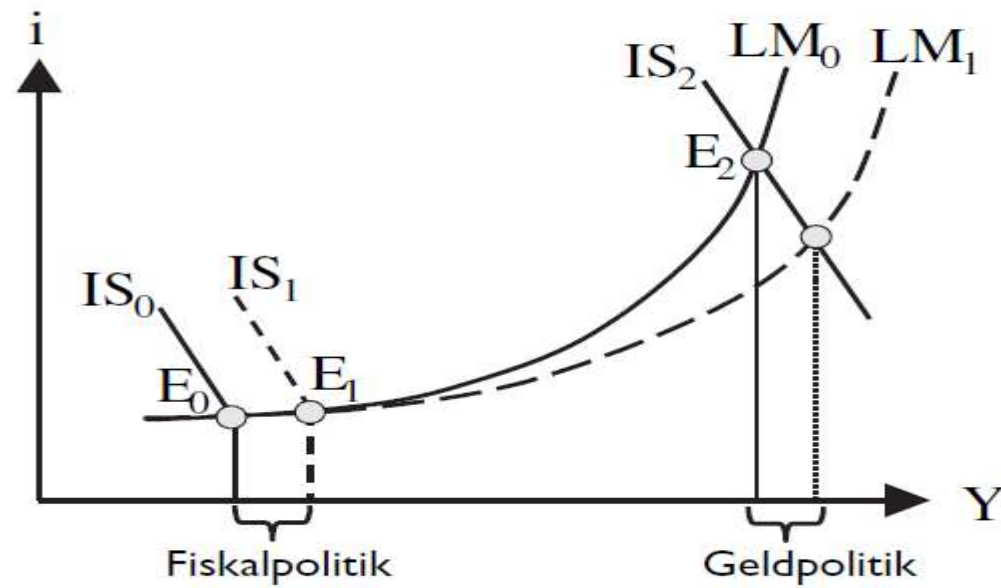
Expansive Geld- und Fiskalpolitik im Bereich der Liquiditätsfalle



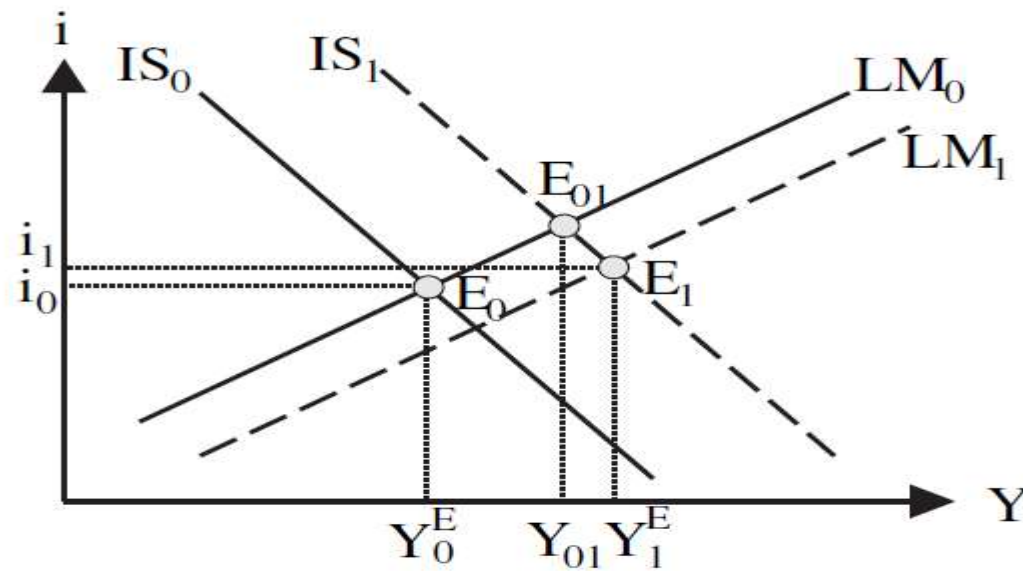
Expansive Geld- und Fiskalpolitik im Bereich der Investitionsfalle



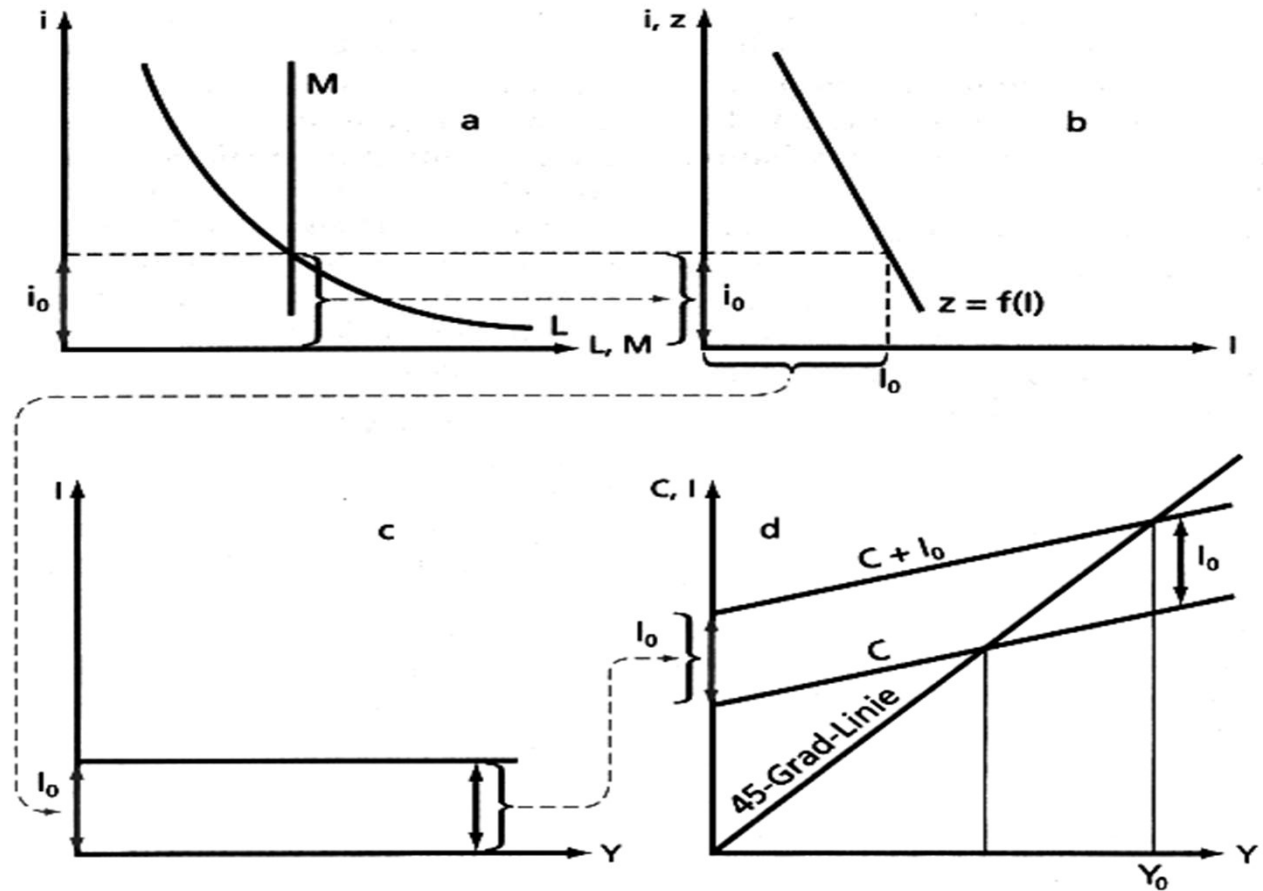
Geld- und Fiskalpolitik im Konjunkturverlauf



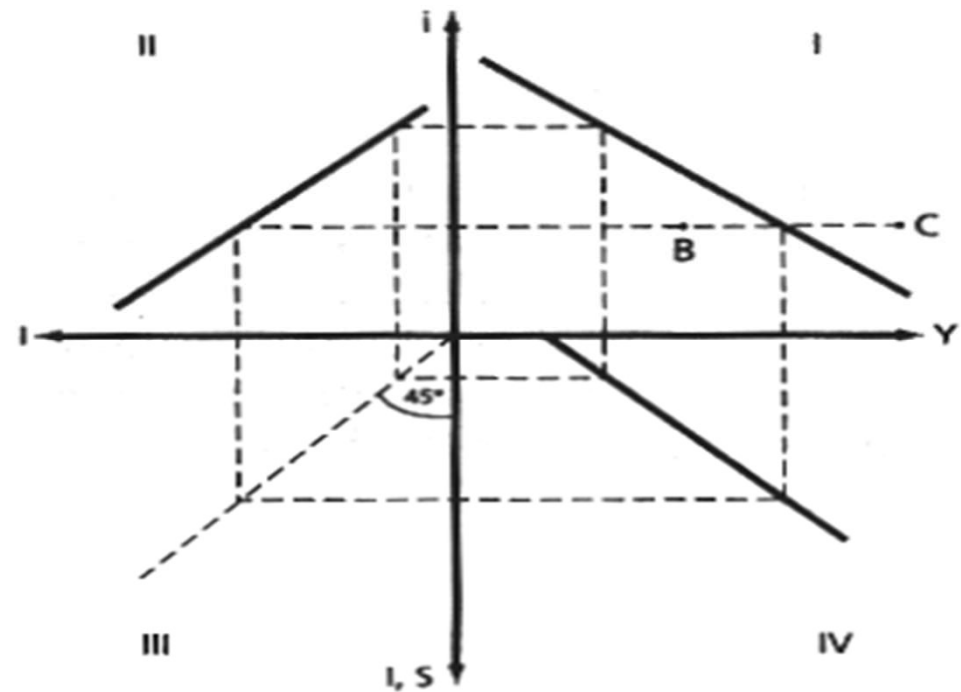
Wirksamkeit von Geld- und Fiskalpolitik beim Politik-Mix



Der Zusammenhang zwischen Geldmarkt und Gütermarkt

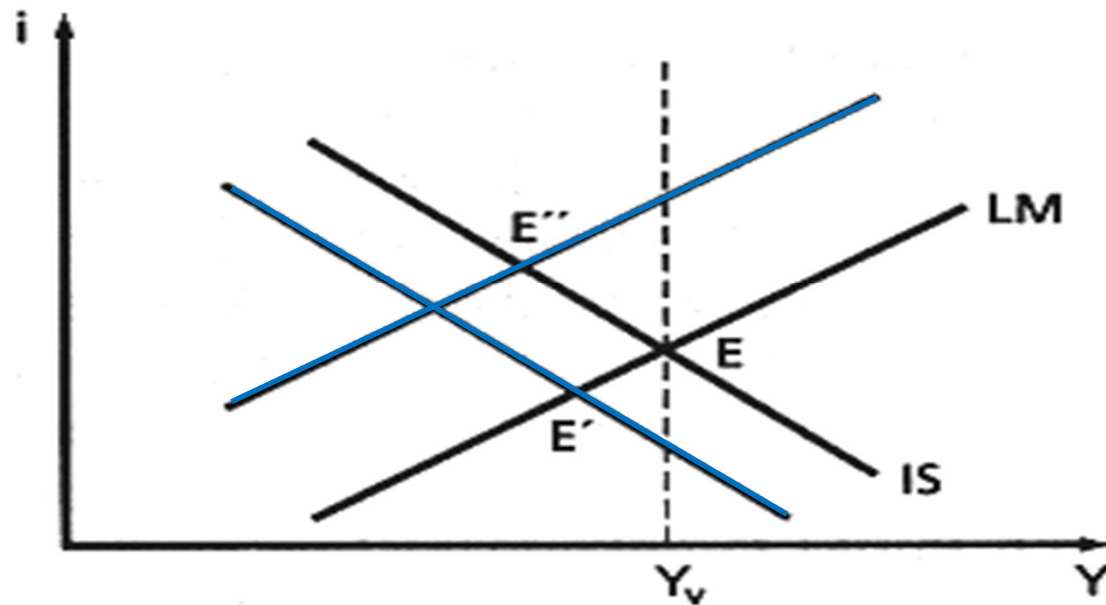


Zins und Einkommen im güterwirtschaftlichen Gleichgewicht



Güter- und Geldmarktgleichgewicht mit

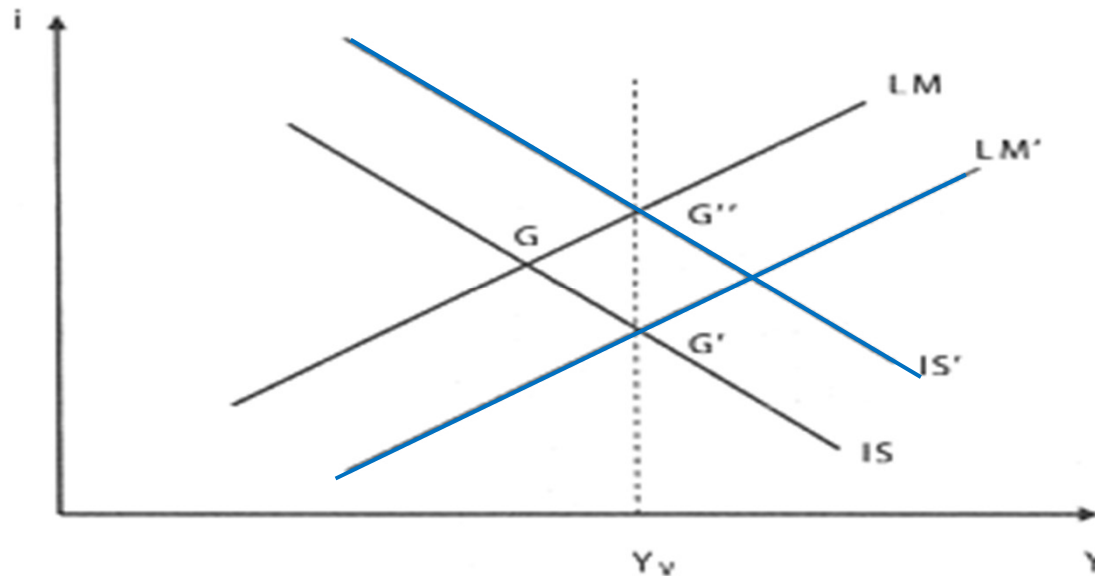
$E =$ Vollbeschäftigung = Geld und Güterwirtschaftliches Gleichgewicht



Expansive

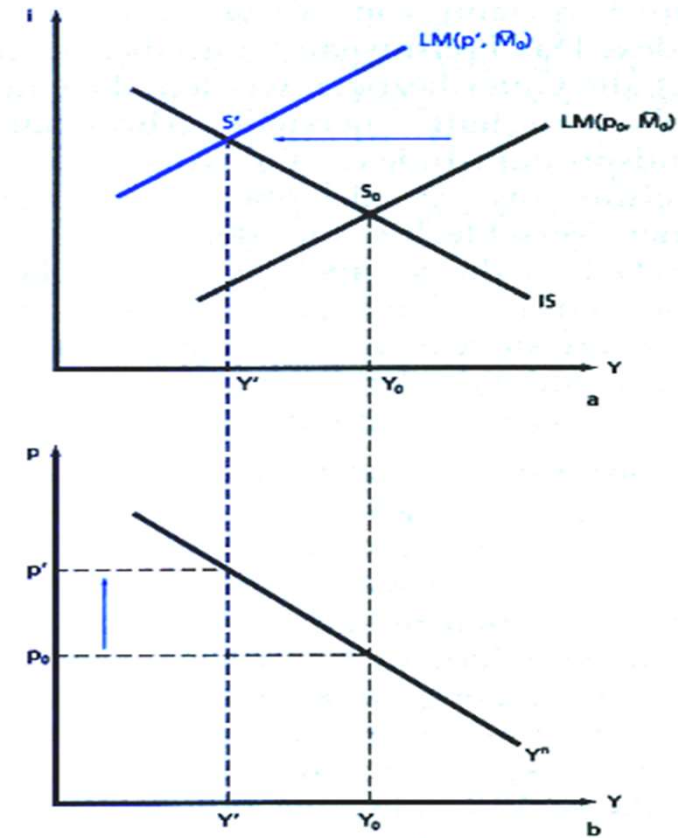
Geld- und Fiskalpolitik

Mit crowding-out Effekt



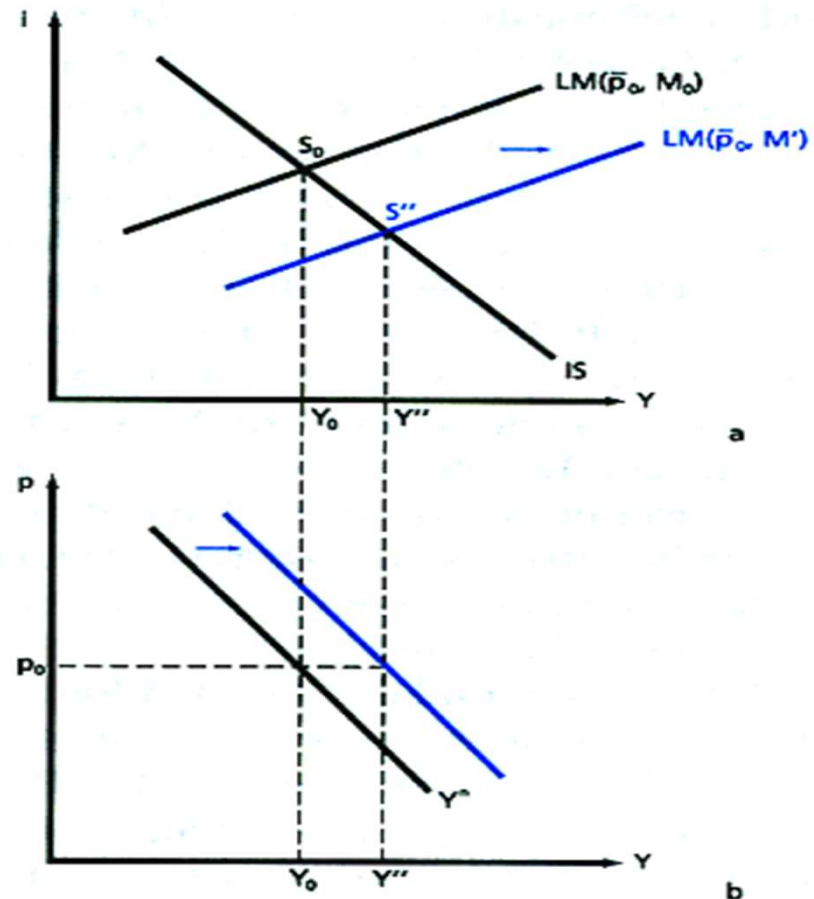
- Durch die Ausdehnung des Geldangebotes (Zentralbank) verschiebt sich die LM Kurve nach rechts (LM'). Dadurch sinkt der Zinssatz und die Investitionsnachfrage steigt. Damit kann das ursprüngliche Vollbeschäftigungseinkommen in Punkt G' erreicht werden. Alternativ können die Staatsausgaben erhöht werden (Fiskalpolitik). Dann verschiebt sich die IS Kurve nach rechts (IS'). Das Einkommen steigt dann und wird in Punkt G'' erreicht. . Aber: Der Zinssatz steigt, wenn zusätzlich das Geldmarktgleichgewicht berücksichtigt wird. Die expansive Wirkung ist dann geringer als im reinen Gütermarktmodell mit gegebenen Investitionen, denn durch den gestiegenen Zins verringern sich die zinsabhängigen Investitionen (*crowding out-Effekt*).

Gesamtwirtschaftliche Nachfrage bei Preisniveauperänderung



Gesamtwirtschaftliche Nachfrage bei konstant gehaltenem Preisniveau.

- In S'' wird ein neues Gleichgewicht erreicht, weil bei konstant gehaltenem Preisniveau die nominale Geldmenge erhöht wurde.

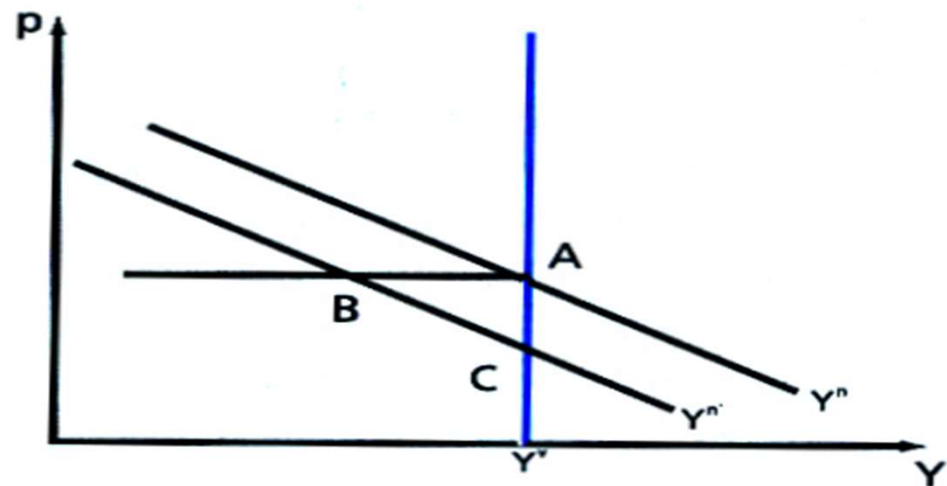


Preisniveau, gesamtwirtschaftliches Angebot und gesamtwirtschaftliche Nachfrage bei flexiblen

Preisreaktionen

- Ausgehend von A:

Y_n sinkt da I sinkt; bei kurzfristig flexiblen Preisen kommt ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht zustande bei B. In B übersteigen die Produktionskapazitäten jedoch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weshalb das Preisniveau sinken muss bis ein neues Gleichgewicht bei C erreicht wird.



Mögliche Ursachen der Krise

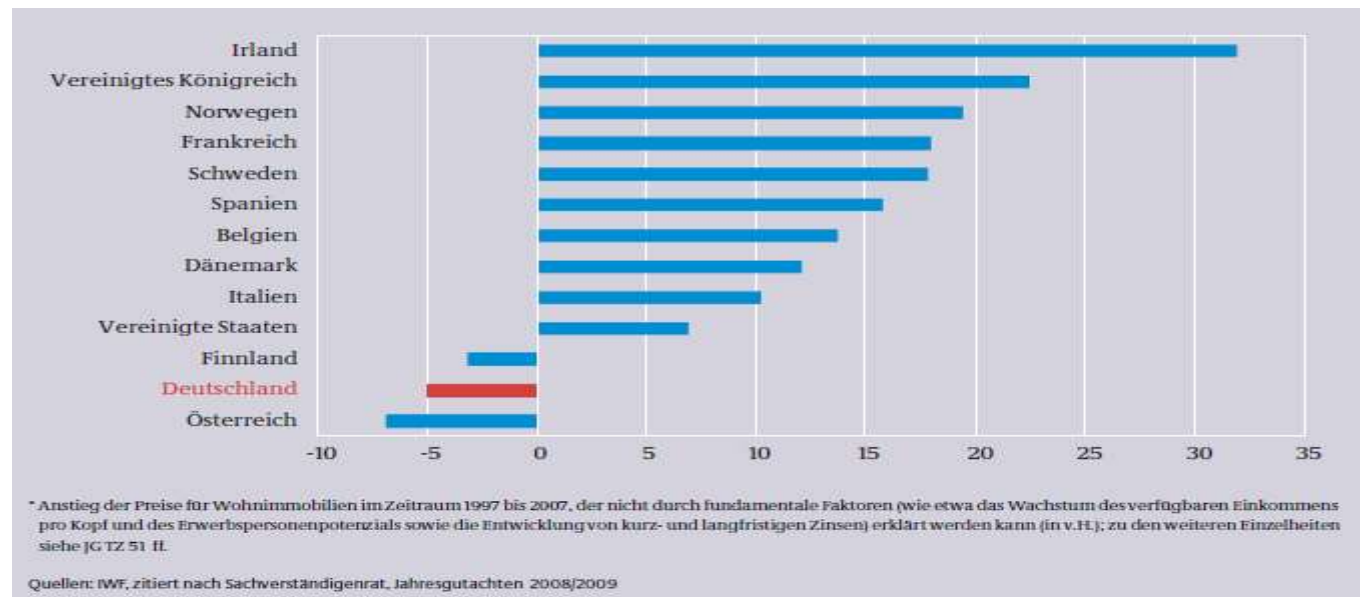
- ❑ Kreditvergabeverhalten amerikanischer Banken an Private Haushalte
- ❑ Liquiditätspolitik der FED
- ❑ Versagen von Rating-Agenturen (teilweise, weil Wertpapier-Emittenten selbst die Rating Agenturen bezahlen müssen)
- ❑ Mangelnde Finanzmarktaufsicht in Teilbereichen
- ❑ Unterschiedliche Besteuerung zw. Ländern

Der Beginn der Finanzmarktkrise

er
Halbe

Überbewertung von Immobilien in ausgewählten Ländern 1997 – 2007 in v.H.

Das Platzen der Immobilienblase legte die systemischen Risiken auf den Finanzmärkten offen, deren Ausmaß zuvor von vielen unterschätzt worden war. Massive Abschreibungen bei Banken und Versicherungen führten zu einem Vertrauensverlust auf den Finanzmärkten, der durch die in den vergangenen Jahren zunehmend verbreiteten intransparenten Kapitalmarktprodukte verstärkt wurde. Im Spätsommer 2008 kam der Interbankenmarkt



„Die“ Subprimekrise

- Finanzkrise 2007/2008: Sie beginnt im Frühsommer 2007 mit der Subprimekrise. Diese bezeichnet eine Reihe von weltweiten Verlusten und Insolvenzen bei Finanzintermediären, die dadurch ausgelöst wurden, dass die zuvor steigenden Immobilienpreise in den USA, die sich inzwischen zu einer Immobilienblase entwickelt hatten, stagnierten und gebietsweise fielen, während gleichzeitig immer mehr Kreditnehmer ihre Kreditraten nicht mehr bedienen konnten. Zunächst waren davon in erster Linie Subprime-Kredite betroffen, also Kredite, die überwiegend an Kreditnehmer mit geringer Bonität vergeben wurden. Im Verlaufe des Jahres 2008 gerät das gesamte Finanzmarktsystem aus den Fugen, da der Inter-Bankenmarkt zusammenbricht (Vertrauenskrise)



Problem „Gier“

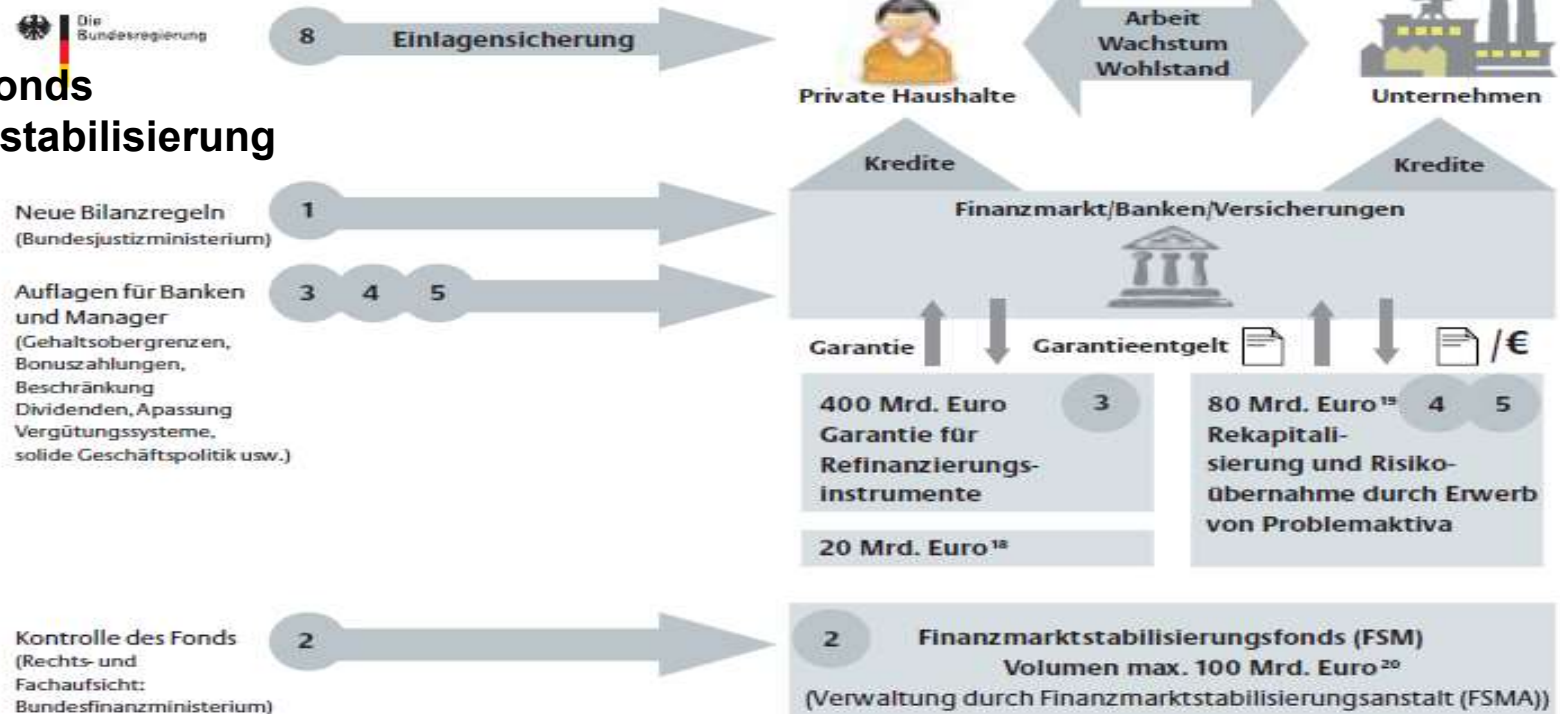
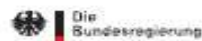
er
Halbe

- These:
- Jeder der Lotto spielt ist gierig, denn er möchte ja nicht nur 3 Richtige haben.....

Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)

- 1 Änderung Bewertungs- und Bilanzierungsregeln
- 2 Einrichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS)
- 3 Garantien des Bundes für Refinanzierung
- 4 Rekapitalisierung von Instituten
Staatliche Kontrollen und Bedingungen für Garantien/
Kapitalisierung aus FMS

- 5 Risikoübernahme durch Erwerb von Problemaktiva
- 6 Liquiditätssicherung Geldmarktfonds
- 7 Verbesserung der Finanzmarktaufsicht
- 8 Einlagensicherung (Sparergarantie und kurzfristige
Verbesserung des EU-weiten Anlegerschutzes geplant)
- 9 Beteiligung der Länder nach Abwicklung des Fonds

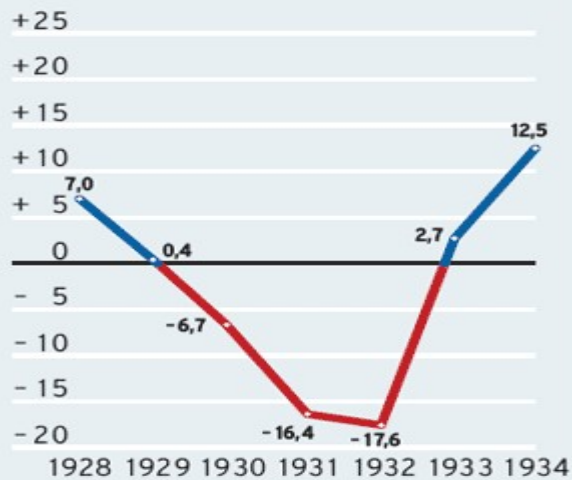


Die Wirtschaftsordnung nach der Krise

er
Halbe

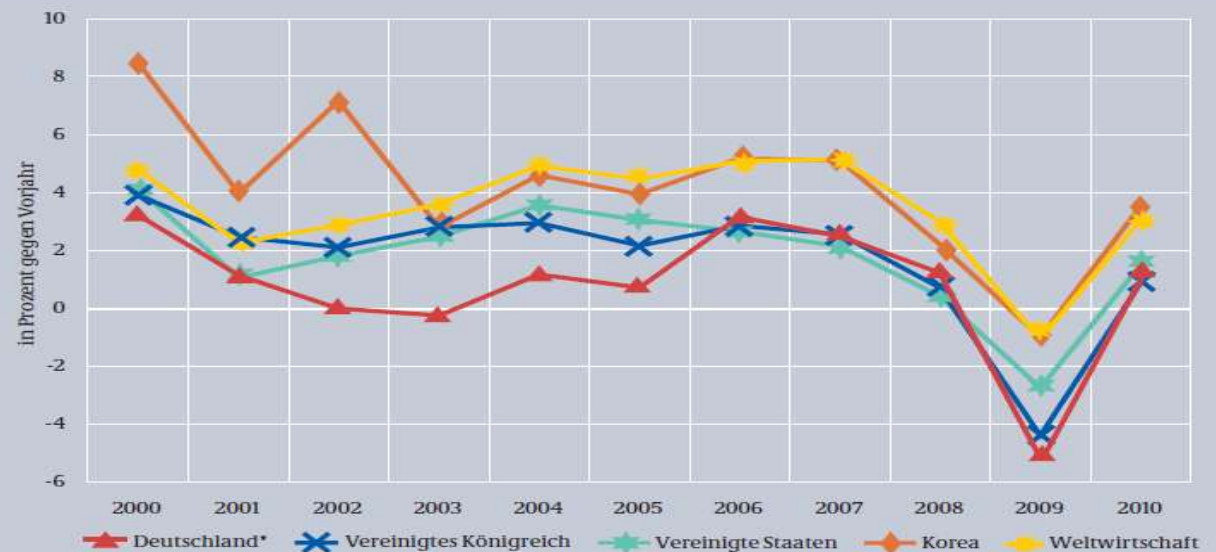
Weltwirtschaftskrise

Wachstumsrate 1928 bis 1934 (Prozent)¹⁾



1) Bruttosozialprodukt (Bruttonationaleinkommen), bezogen auf westdeutsches Gebiet ohne Berlin und Saarland.
Quelle: Statistisches Bundesamt / F.A.Z.-Grafik Heumann

Schaubild 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten Ländern (preisbereinigt)



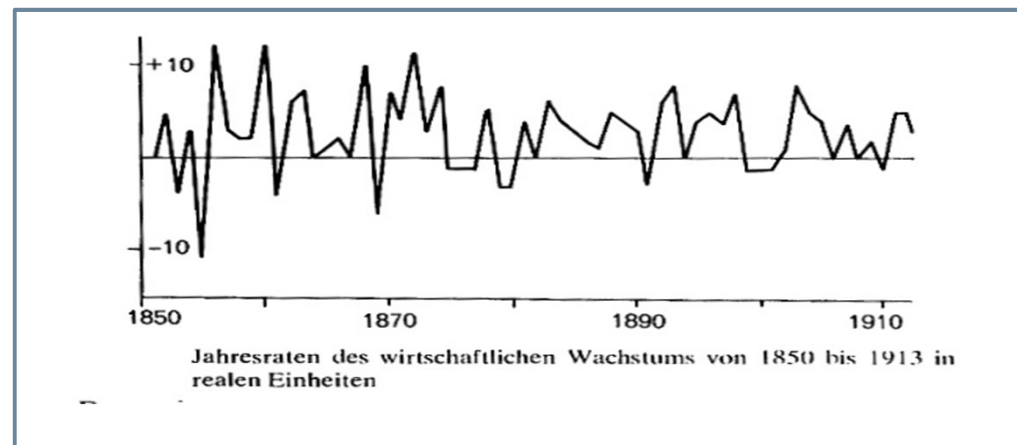
* Jahresprojektion der Bundesregierung

Quellen: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Oktober 2009, eigene Berechnungen

Die Gründerkrise des Jahres 1883

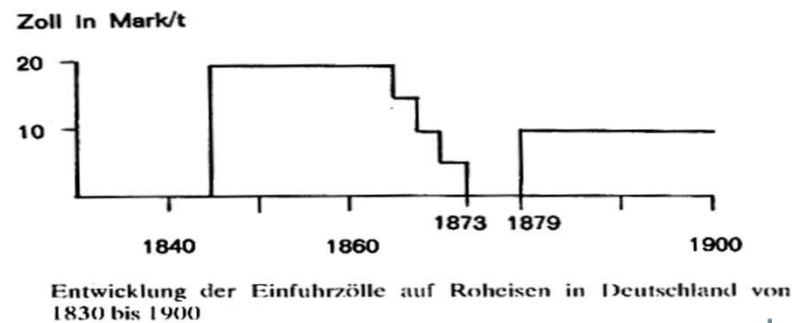
- Eine sprunghafte Ausdehnung der Kapazitäten (Nettoinvestitionen)
- ...der Produktion (Potentialnutzung)
- Preissenkungen infolge eines Überangebotes

Die Börsenkrise im Oktober 1873

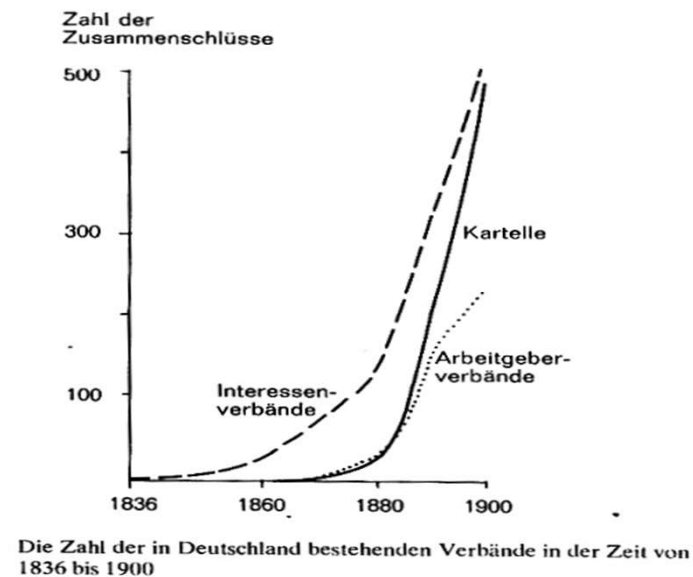


Der Neo-Merkantilismus

□ Der Übergang zur
Schutzzollpolitik ab



□ Zusammenschlüsse von
Interessensgruppen
sollten den weiteren



Die Wirtschaftsordnung nach der Krise

Werner Halver

- Abschaffung des Kapitalismus in der heutigen Form, verbunden mit dem Aufbau eines demokratischen Sozialismus (Staat definiert Einzel-Bereiche außerhalb der Staatswirtschaft; Banken werden verstaatlicht; Zentralbank wird wieder abhängig vom Staat)
- Verbesserung der Finanzmarktkontrolle: Bundesbank wird verantwortlich für Risikoeinschätzung des gesamten Finanzmarktsystems; Bafin wird verantwortlich für die Aufsicht der Einzelbanken und Versicherungen; mehr Bereiche werden dem Wettbewerb geöffnet, um

Stand WS 09/10

Chronologie der Finanzmarktkrise

- Sommer 2007: EZB sieht Probleme bei der Absicherung von Finanzprodukten und bestimmten Fonds (Hedge Fonds)
- Frühjahr 2008 : Aus der US-Krise wird eine weltweite Krise, weil die Immobilienmärkte in den USA zusammenbrechen; der Inter-Bankenverkehr kommt zu erliegen
- Sommer 2008: Das Ende der US-Investmentbanken insbesondere von Lehmann Brothers
- Oktober 2008 bis Januar 2009: Rettungsaktionen für die Banken; besondere Probleme zeigen sich bei den sog. Systemrelevanten Banken; Diskussion über sog. Bad Banks, um „schlechte“ Wertpapiere von Banken darin zu parken
- Frühjahr 2009: erste Erholungstendenzen der Finanzmärkte; Deflationsrisiken zeigen sich

Ursachen der Krise

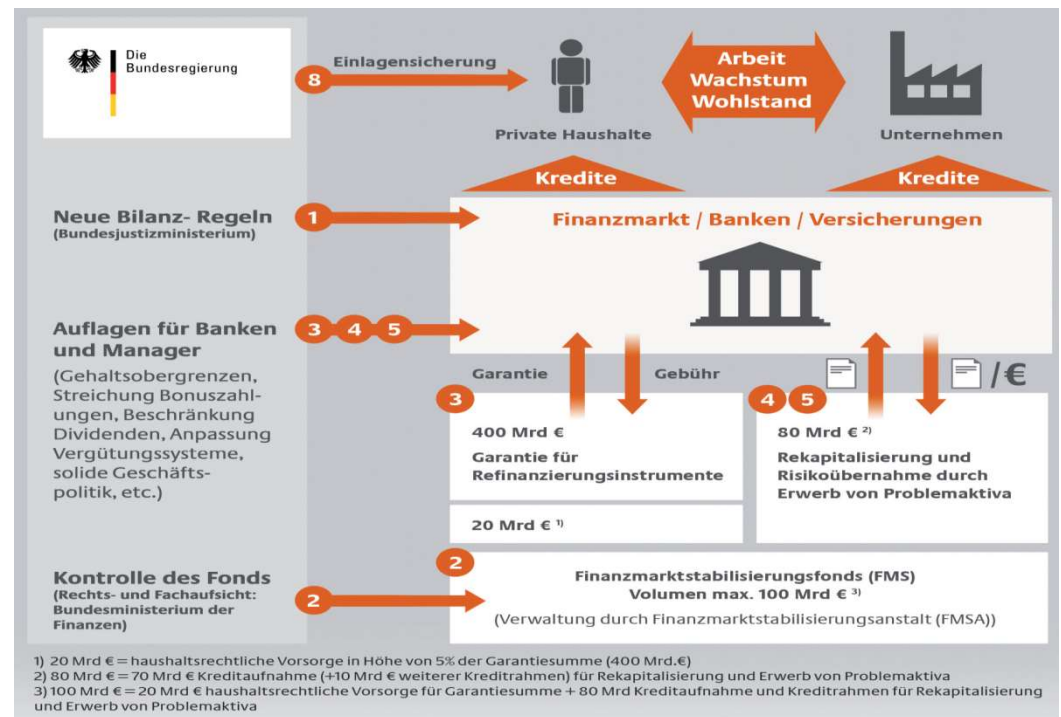
- Versagen von Rating-Agenturen (teilweise, weil Wertpapier-Emittenten selbst die Rating Agenturen bezahlen müssen)
- Mangelnde Finanzmarktaufsicht
- Unterschiedliche Besteuerung zw. Ländern (Kapitalabflüsse)
- Unternehmensgrößen (Banken und Industrie-Konzerne)

Maßnahmen der deutschen Bundesregierung zur Bekämpfung der Krise

Maßnahmenpaket

Auswahl von Maßnahmen in Abbildung

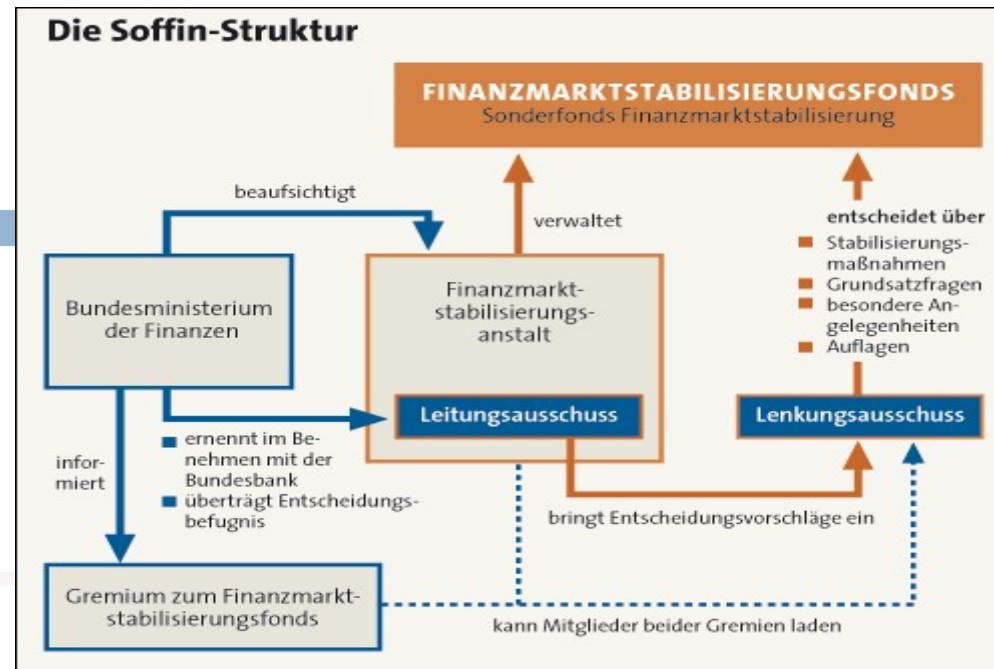
- | | |
|--|---|
| 1 Änderung Bewertungs- und Bilanzierungsregeln | 5 Risikoübernahme durch Erwerb von Problemaktiva |
| 2 Einrichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) | 6 Liquiditätssicherung Geldmarktfonds (durch Finanzmarktstabilisierungsfonds) |
| 3 Garantien des Bundes für Refinanzierung | 7 Verbesserung der Finanzmarktaufsicht |
| 4 Rekapitalisierung von Instituten | 8 Einlagensicherung (garantiert und kurzfristige Verbesserung geplant) |
| Staatliche Kontrolle & Bedingungen für Garantien / Kapitalisierung aus FMS | 9 Beteiligung der Länder |



Soffin

- Im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes ist es Unternehmen des Finanzsektors möglich, problematische Wertpapiere oder andere Risikopositionen an den Finanzmarktstabilisierungsfonds („SoFFin“) zu übertragen. Bei der Übertragung der Wertpapiere wird neben der risikogerechten Vergütung auch festgelegt, ob während der Dauer der Übernahme an den SoFFin eingetretene Wertverluste vollständig von dem Finanzinstitut auszugleichen sind oder nicht.
- Die Wettbewerbshüter der Europäischen Union und der Bundesregierung haben in einer gemeinsamen Erklärung bestätigt, dass Banken ihre Wertpapiere länger als 36 Monate dem Staat übertragen dürfen. Bei einer Befristung der Haltedauer für den SoFFin könnte das Problem entstehen, dass das Risiko aus den übertragenen Wertpapieren weiterhin in der Bilanz des jeweiligen Finanzunternehmens abgebildet werden muss.
- EU und Bundesregierung haben jetzt gemeinsam erklärt: Die 36-Monats-Frist gilt grundsätzlich weiter. Die Finanzinstitute müssen die Wertpapiere nach spätestens drei Jahren zurückkaufen. Wenn die Papiere in diesem Zeitraum weiter an Wert verloren haben, dann muss das Finanzinstitut dem SoFFin einen Ausgleich zahlen.
- Die Ausnahme von der Regel: Banken können Papiere für einen längeren Zeitraum, auch dauerhaft und damit endgültig, an den SoFFin übertragen, wenn schon vor der Übertragung eine Einigung mit Brüssel über die Höhe der Vergütung erzielt wird. Auch für den Fall, dass die Bank nicht alle Wertverluste aus den übernommenen Positionen ausgleicht, ist – unabhängig von der Laufzeit – eine Einigung über die Höhe der Vergütung erforderlich.

Soffin Struktur und Finanzierung

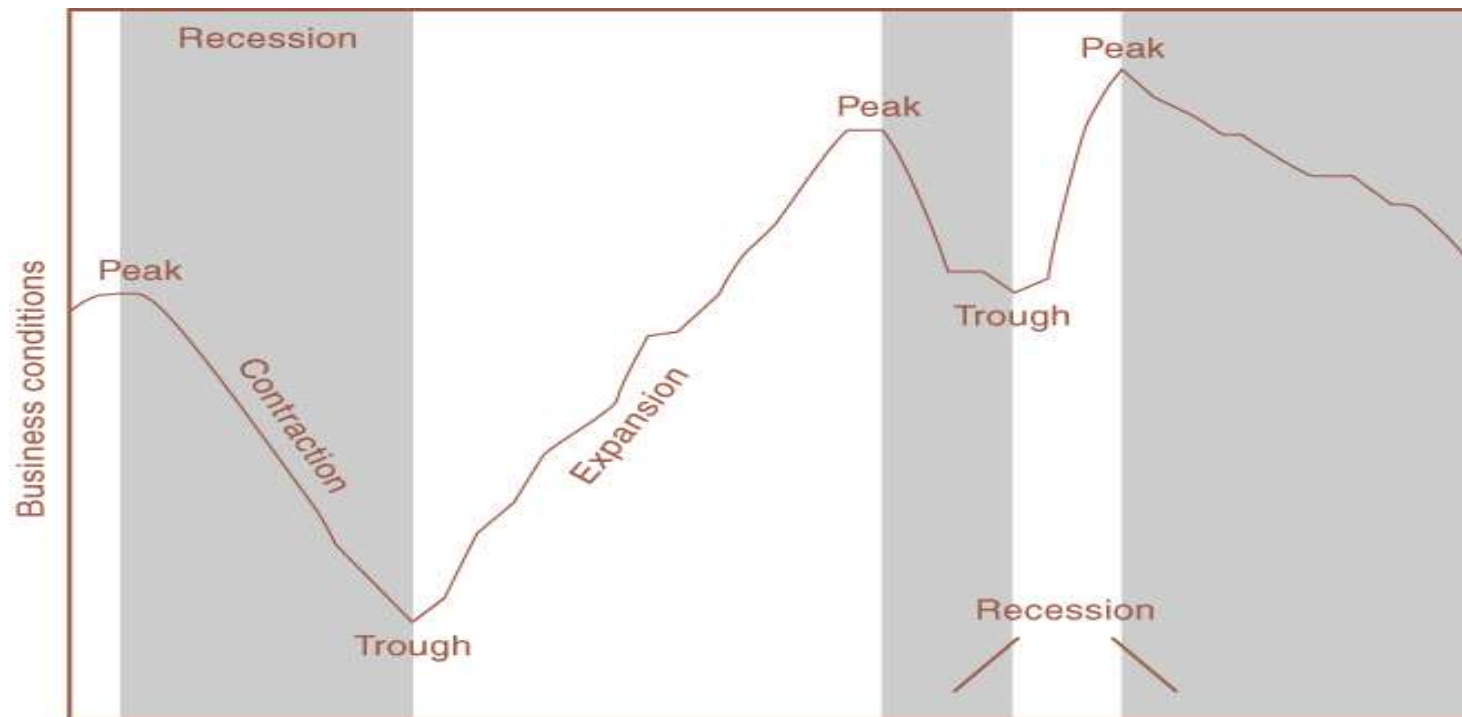


Wirtschaftskrise (weltweite Konjunkturabschwächung)

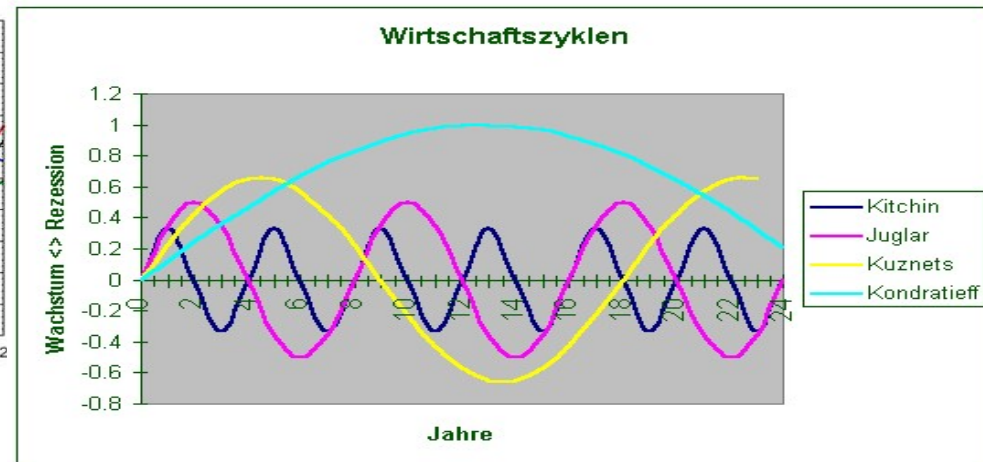
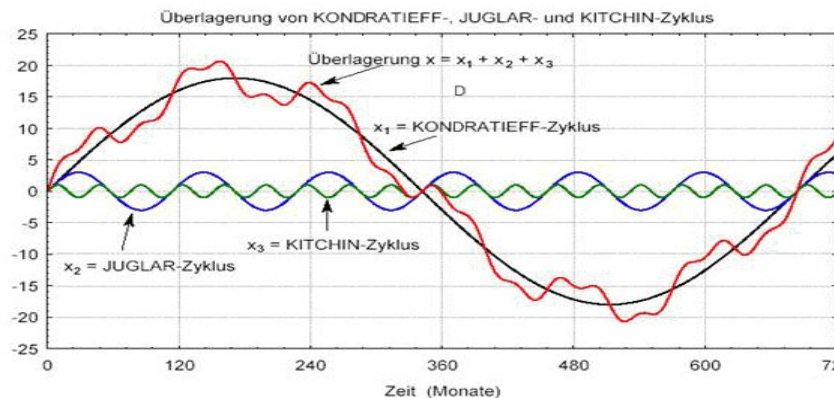
□ Ursachen der Krise

- ▣ Zyklus-Probleme
- ▣ Aufholprozess der Entwicklungs- und Schwellenländer normalisiert sich (statt 10-15 Prozent BIP-Wachstum nur noch 5-10 Prozent)
- ▣ Marktüberhitzungen werden abgebremst (v.a. Energierohstoffe): temporäre Knappheitsprobleme

Idealverlauf eines Konjunkturzyklus

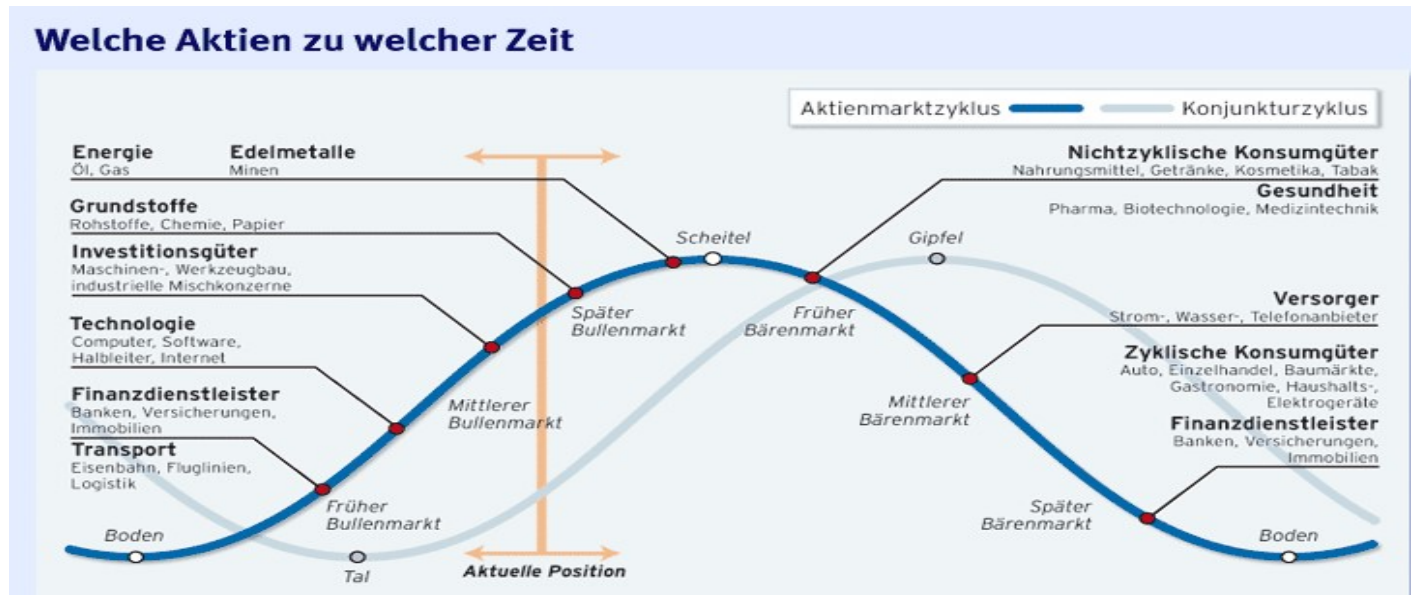


Es gibt verschiedene Konjunkturzyklen



Der kurzfristige **Kitchin-Zyklus** wird zurückgeführt auf das Investitionsverhalten bei Ausrüstungen die der Produktion dienen. Kommt ein neues Produkt oder Verfahren auf den Markt (Computer, Internet z.B.), entsteht eine hohe Nachfrage bei beschränktem Angebot, also hohe Preise - was Investitionen auslöst. Da die Mehrheit der Akteure auf die selbe Art auf die selben Informationen reagiert, führt dies zu einer Überproduktion und damit zu Preiszerfall, sobald alle Investitionsgüter bereitgestellt sind und produzieren. Auf Grund der Überproduktion wird auf Lager produziert, was den Abschwung verlängert. Der mittelfristige **Juglar-Zyklus** entsteht durch den selben Prozess bei Über-Investitionen in Kapitalgüter, der **Kuznets-Zyklus** durch zeitweiligen Überschwang bei der Produktion von Infrastruktur, also Häusern

Beteiligungsstrategien im Konjunkturzyklus



Strategie-Ansätze von Klein- und mittelständigen Unternehmen

- Verminderung der Exportabhängigkeit (z.B. Konzentration auf den europäischen Binnenmarkt)
- Erhöhung der höheren Eigenkapitalquote,
- Verbesserung der Liquidität,
- Verminderung der Abhängigkeit von der Bank
- Weniger Erweiterungsinvestitionen mehr Rationalisierungs-Investitionen.
- Produktdifferenzierung statt Produktdiversifikation
- Nutzung von Arbeitszeitkonten

Strategie-Ansätze von Großunternehmen

- Abtrennung von Unternehmensteilen, die nur aus strategischen Gründen gehalten werden
- Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen (Prozesskostenoptimierung, Produktentwicklung)
- Kooperationsstrategien (Fusionen, strategische Partnerschaften auf Zeit)
- Direktinvestitionen in verschiedenen aus Währungsräumen (Dollar, Yen, Euro etc.)
- Personalentwicklung intensivieren

Strategien der Staaten in der Krise

- Restrukturierung des Bankensektors (Wettbewerbs- und Kontrollprobleme)
- Sicherstellung stabiler Währungen (keine inflationstreibende Geldmengenpolitik)
- Konjunkturprogramme nur mit generationenübergreifendem Entschuldungsprogramm
- Problematisierung der Entlohnung von Managern nach Boni- und Malussystemen
- Systemdiskussion: Ist der Kapitalismus am Ende?

Die politisch-ökonomische Ausgangslage II

53



Prof. D. Werner Halver VWL III

Quelle: Bildarchiv des Bundes

Die politisch-ökonomische Ausgangslage III

54



Quelle: Bildarchiv des Bundes

Währungsreformen (1948): 21. Juni 1948 & 24. Juli 1948

55



Prof. D. Werner Halver VWL III

1948: Beginn des Aufbaus des Sozialismus in der Ostzone (DDR)

56



Das Werbeplakat für den Ersten Fünfjahrplan zeigt Walter Ulbricht inmitten von Arbeitern. Die Schwerindustrie steht im Mittelpunkt des ersten Fünfjahrplans und der staatlichen Propaganda, die Konsumgüterindustrie wird dagegen vernachlässigt.

Zentralkomitee der SED (Hrsg.)
Neues Deutschland (Druck)
DDR, 1952
Druck, Gewebe
61,5 x 40,7 cm
Haus der Geschichte, Bonn
EB-Nr.: 1992/10/580



Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR

57

- Aufbau einer steuerfinanzierten Einheitsversicherung (20% des Lohns)
- Ausschluss von Arbeitslosigkeit
- Preisfestsetzung in Form von Höchstpreisen
- Kollektivierung der Produktionsmittel
- Tonnenideologie
- 2. Bodenreform (1. Bodenreform 1945)



Der Alltag in der DDR

58



Prof. D. Werner Halver VWL III

Die Geographie

59



Quelle: Westermann Verlag 2008

Prof. D. Werner Halver VWL III



Quelle: Bildarchiv des Bundes

60

Beginn des Transformationsprozesses

Prof. D. Werner Halver VWL III

1989: Mauerfall

1990: Beginn des Transformationsprozesses

61

Zwischen Bonn und Ost-Berlin laufen im Frühjahr 1990 die Vorbereitungen für eine Wirtschaftsunion der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf Hochtouren. Die Verfechter einer schnellen Währungsunion wollen die günstige außenpolitische Konstellation nutzen. Auch angesichts der anhaltenden Ströme von Übersiedlern sehen sie sich zu raschem Handeln gezwungen. Die Botschaft auf den Spruchbändern der Demonstranten in der DDR ist eindeutig: "Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr!" Am 18. Mai unterzeichnen die Finanzminister der beiden deutschen Staaten den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, den sogenannten Staatsvertrag.



Quelle: Bildarchiv des Bundes

Transformationsprozess

62

- Ökonomischer Wandel von der Zentralverwaltungswirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft
- Hier: Wiedervereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland

Strukturvergleich Deutschland West und Ost im Jahre 1989

63

	West - Deutschland	Ostdeutschland (DDR)	Relation Ost zu West in Prozent
Gebiet (1000 km²)	249,0	108,0	43,4
Bevölkerung (Millionen)	61,8	16,4	26,5
BIP (Mrd. DM)	2236	230	10,3
BIP je Einwohner in 1000 DM	36,2	14,0	38,7
Beschäftigte (Millionen)	27,6	9,3	34,9
Landwirtschaft	3,9 %	9,9%	
Bergbau + Energie	1,7%	3,2%	
Industrie	31,4%	34,1%	
Bauwirtschaft	6,6%	6,1%	
Handel	13,0%	7,8%	
Banken und Versicherungen	3,1%	0,7%	
Staat, Sozialversicherungen	41,3%	38,4%	
Exporte (Mrd. DM)	649,1	48,3	7,4
davon anteilig in sozialistische Länder	5,8%	61,8%	
Importe (Mrd. DM)	513,7	49,2	9,6
davon anteilig aus sozialistischen Ländern	6,3%	56,2%	
Haushalte mit			
Kraftfahrzeug	97%	52%	53,6
Farbfernseher (TV)	94%	52%	55,3
Telefonapparate	98%	9%	9,2

Wirtschaftsstrukturelle Unterschiede Zentralverwal- wirtschaft und Marktwirtschaft

	Soziale Marktwirtschaft	Zentralverwaltungs- wirtschaft
Planung	dezentrale Planung mit marktwirtschaftlicher Koordination	zentrale Planung mit administrativer Wirtschaftsführung
Eigentumsformen	Privateigentum an den Produktionsmitteln Boden, Arbeit, Kapital	Staatseigentum und Genossenschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln Boden, Arbeit, Kapital
Produktionsziele von Unternehmen	Erwirtschaftung von Gewinnen (Gewinn- maximierung)	Planerfüllung
Preisbildung	Marktprozesse regeln über Knappheitsverhältnisse die Preise	Preisfestsetzung durch den Staat
Lohnentwicklung	Lohnvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern	Lohnfestsetzung durch den Staat
Aufgabe der Gewerkschaften	Lohnverhandlungen; Verbesserungen der Arbeitsbedingungen	Verbreitung parteilicher und staatlicher Zielsetzungen

20 Jahre Transformationsprozess in Ostdeutschland

65

Zentralverwaltungswirtschaft

Zentrale Lenkung aller
makroökonomischer Größen
der Volkswirtschaft

Zentrale Planung
und Entscheidung

Ausführung

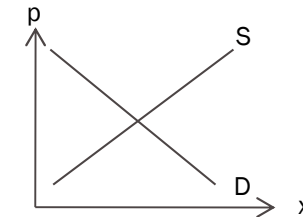
Transformation

Marktwirtschaft

Dezentrale Koordination
makroökonomischer Größen
einer Volkswirtschaft

Märkte und Wettbewerb

Gewinn-
max.



Nutzen-
max.

privatwirtschaftliches
Vertragssystem

Quelle: Eigener Entwurf in Anlehnung an Jürgen Pätzold 2000

Privatisierung der ehemals staatseigenen Betriebe in einer Auffanggesellschaft

66

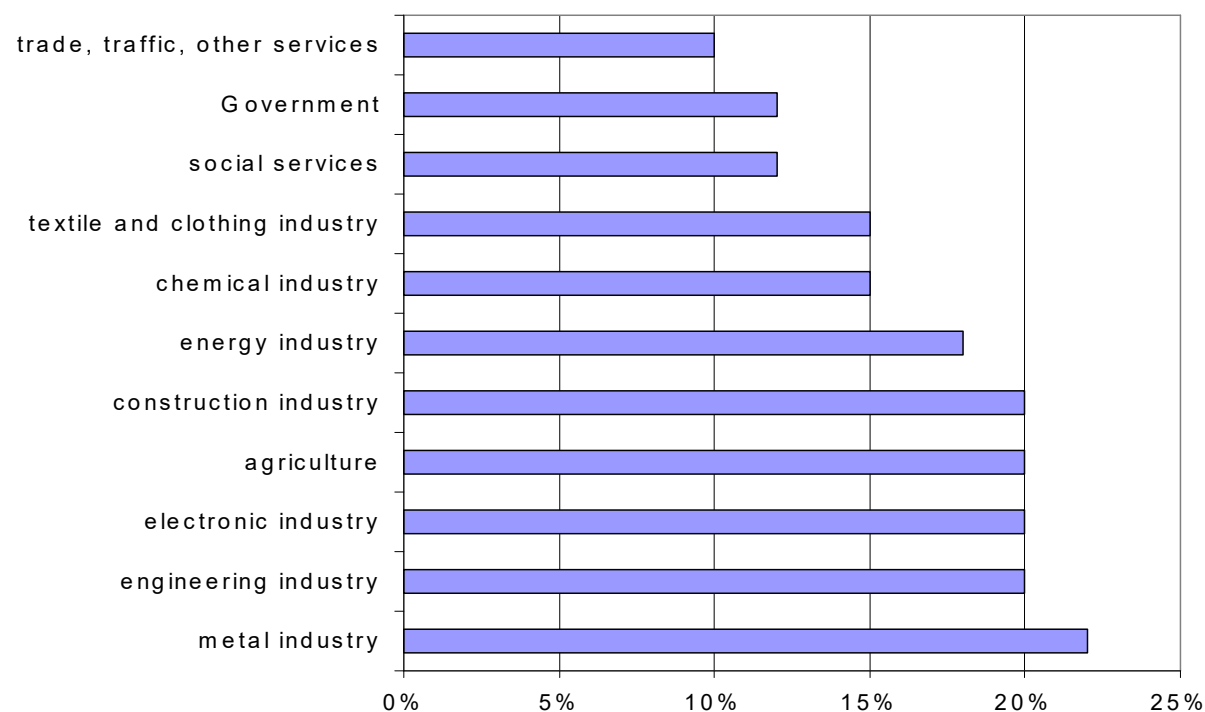
- Treuhandanstalt sollte 8000 ehemalige Staatsbetriebe (Kombinate) privatisieren
- Prozess: Rückgabe vor Enteignung > aufwendige Suche nach Alteigentümern
- Ergebnis:
 - ▣ 4.300 Unternehmensteile wurden reprivatisiert
 - ▣ 15.000 Unternehmensteile wurden privatisiert
 - ▣ Rund 60 % aller ehemaligen Staatsbetriebe ließen sich nicht privatisieren
 - ▣ Schulden nach erfolgter Privatisierung: 1 25 Mrd. €
 - ▣ Strukturelle Arbeitslosigkeit



Unterbeschäftigungsquoten in der DDR 1989

Hidden unemployment in the GDR (DDR) - share of overstaffed workplaces -

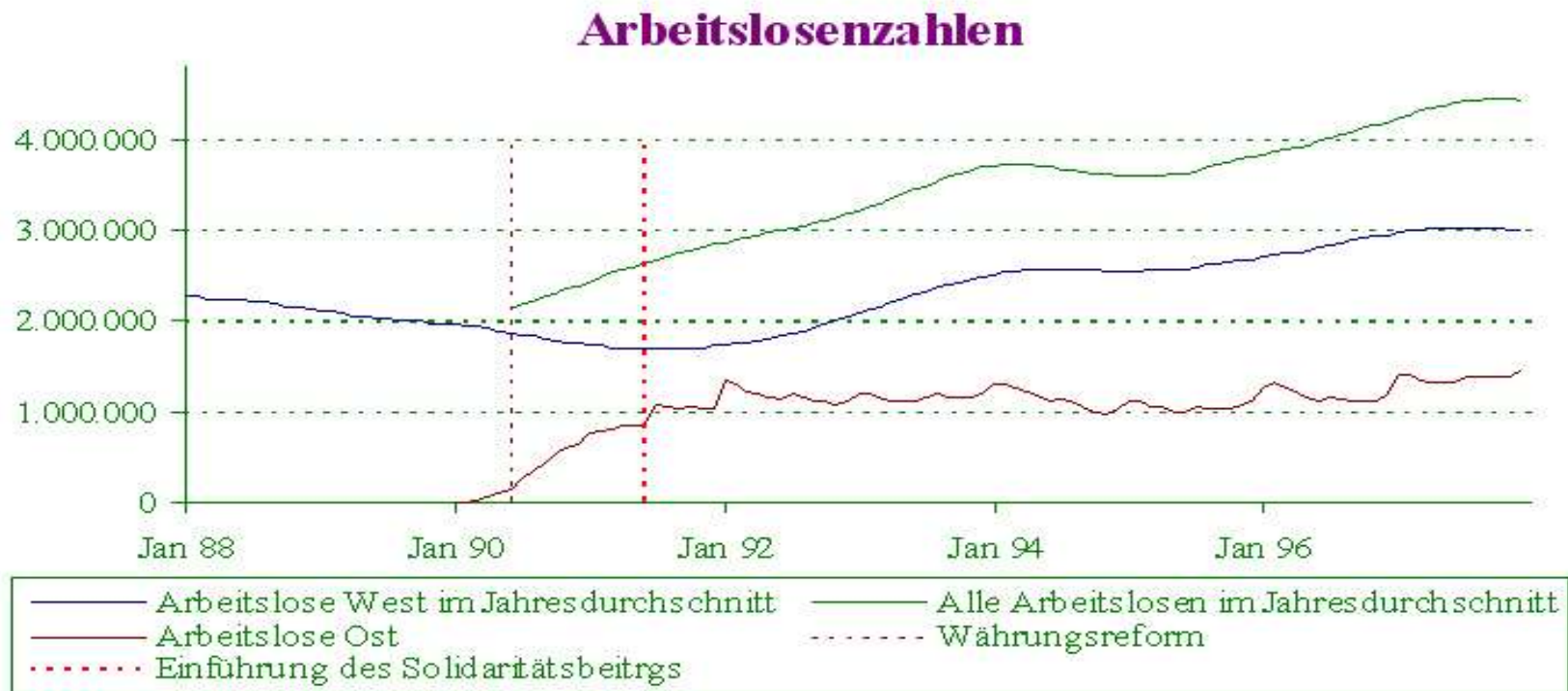
67



Source: ifo institut

Strukturanpassungen auf dem Arbeitsmarkt

68



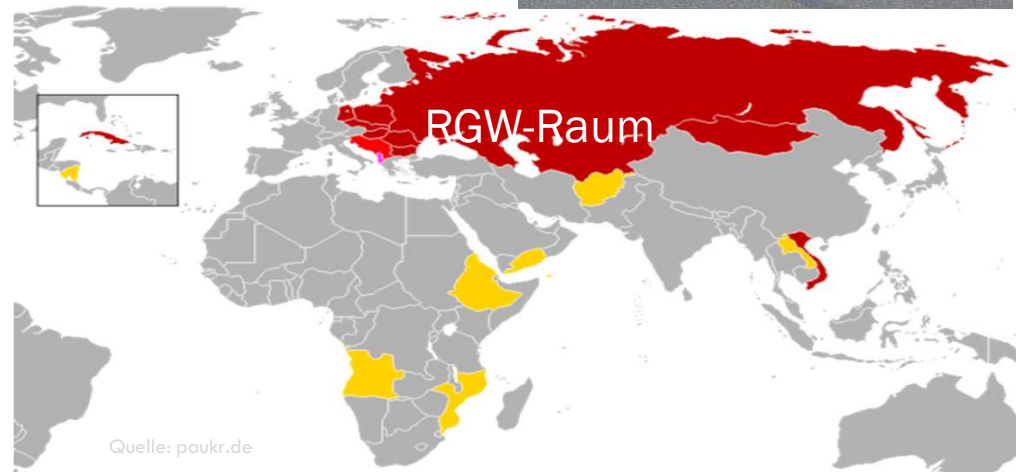
Quelle: Destatis, versch. Jahrg.

Prof. D. Werner Halver VWL III

Makroökonomische Transformationsprobleme der ersten Jahre I

69

- mangelhaftes Güterangebot
- einseitige Ausrichtung des Außenhandels



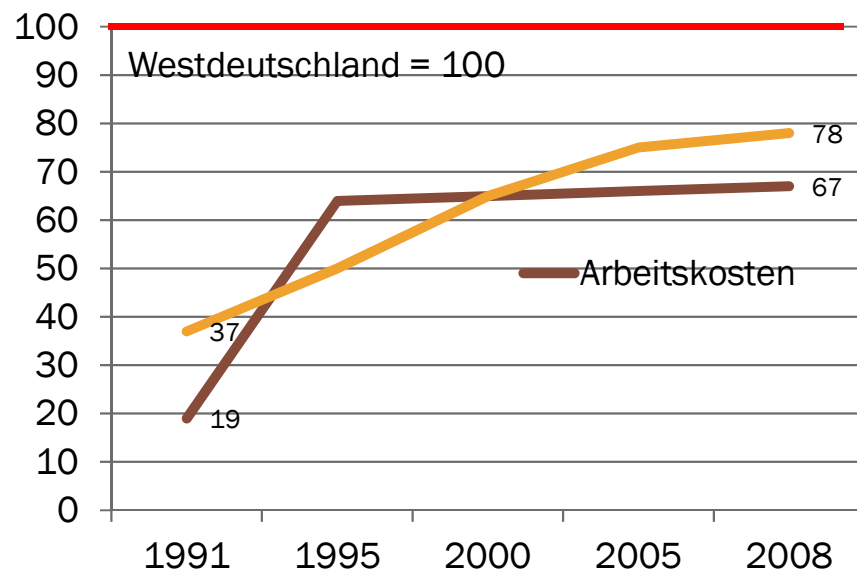
Quelle: paukr.de

Prof. D. Werner Halver VWL III

Makroökonomische Transformationsprobleme der ersten Jahre II

70

- veralteter und ökologisch belasteter Kapitalstock
- geringe durchschnittliche Produktivität bei Überbeschäftigung



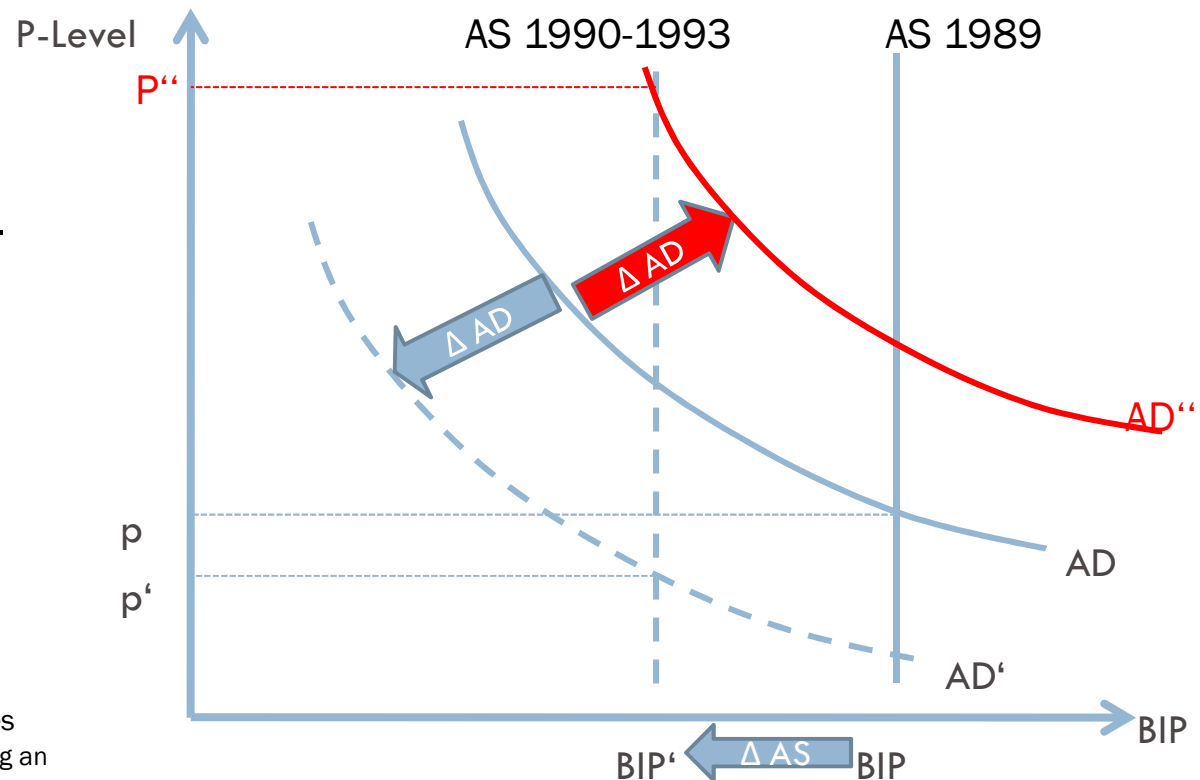
Makroökonomische Steuerungsinstrumente im Transformationsprozess (Modellanalyse) I

71

Güter-/Arbeitsmärkte

- Ziel: Aufbau einer exportfähigen Industrie
- Problem: Unzureichende Reaktionsmöglichkeit der Gütermärkte, Preise und Reallöhne

Klassisch-Neo-Klassisches Grundmodell : in Anlehnung an Samuelson/Nordhaus 2007

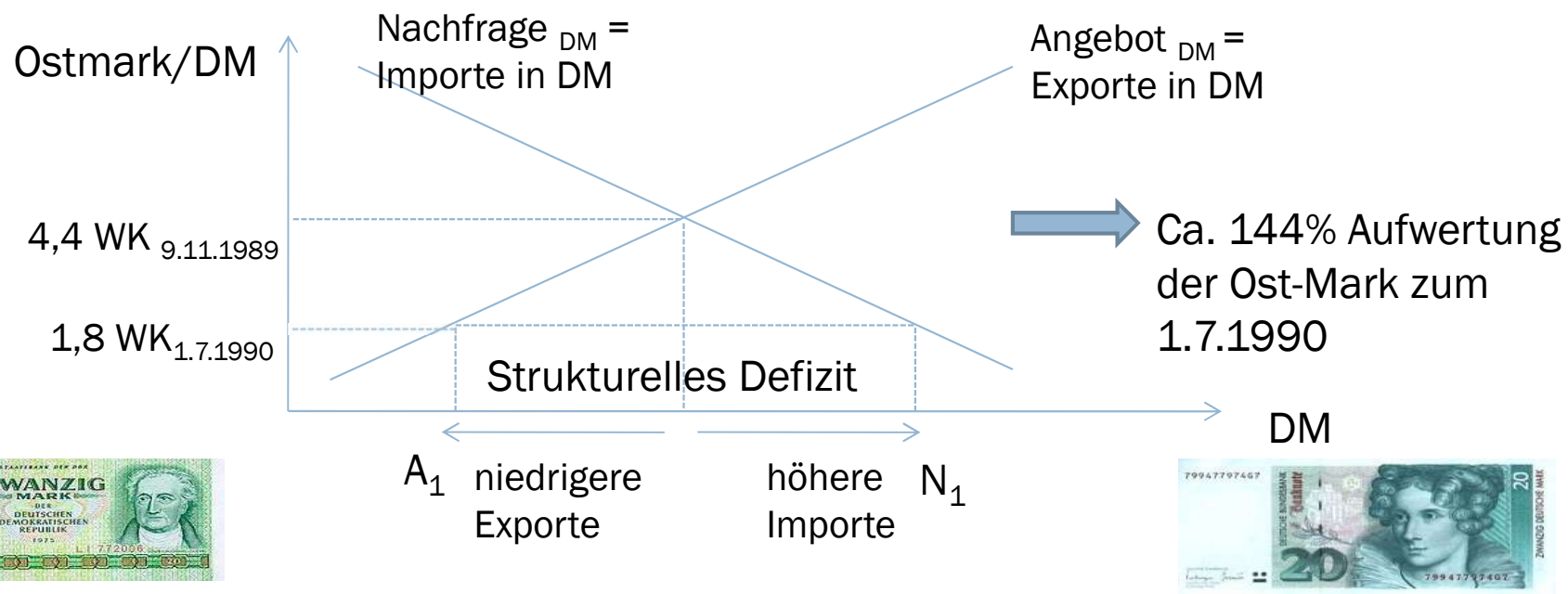


Prof. D. Werner Halver VWL III

Makroökonomische Steuerungsinstrumente im Transformationsprozess (Modellanalyse) II

72

Devisenmarkt DDR – Realer und tatsächlicher Wechselkurs Ostmark/DM



Der Transformationsprozess im Rahmen von Neo-Industrialisierung und neuer Geldmarktordnung

73

- Die ersten Jahre:
 - Arbeitsmärkte: Welle von Lohnerhöhungen
 - Außenwirtschaft: EU-Integration
 - Gütermärkte/Wachstumspotenzial:
Restriktive Treuhandpolitik und Erhalt industrieller Kerne (Schumpeter-
Konzept versus Pfadabhängigkeit)

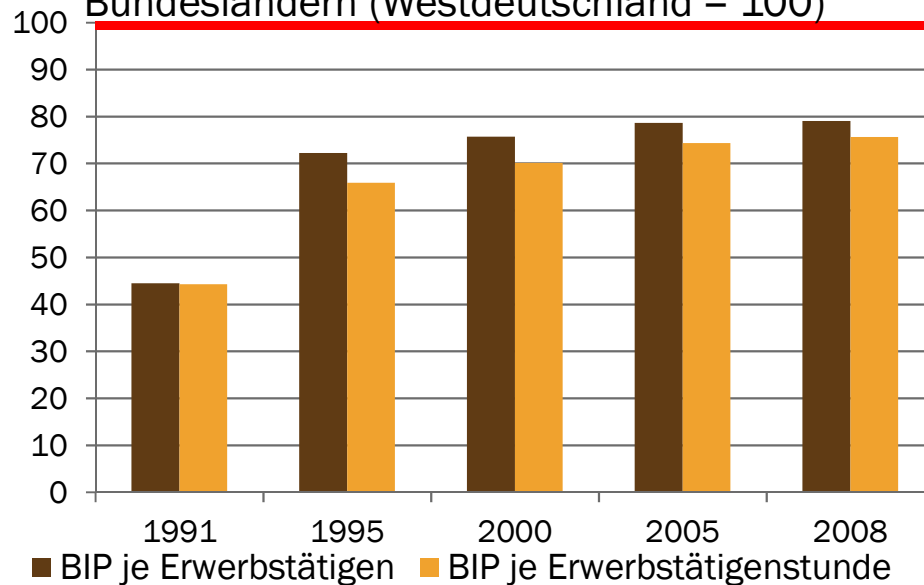
- Die Zeit ab 1994/1997
 - Infrastrukturaufbau
 - Industriepolitik (Makroebene)



VGR-Indikatoren zum Transformationsprozess

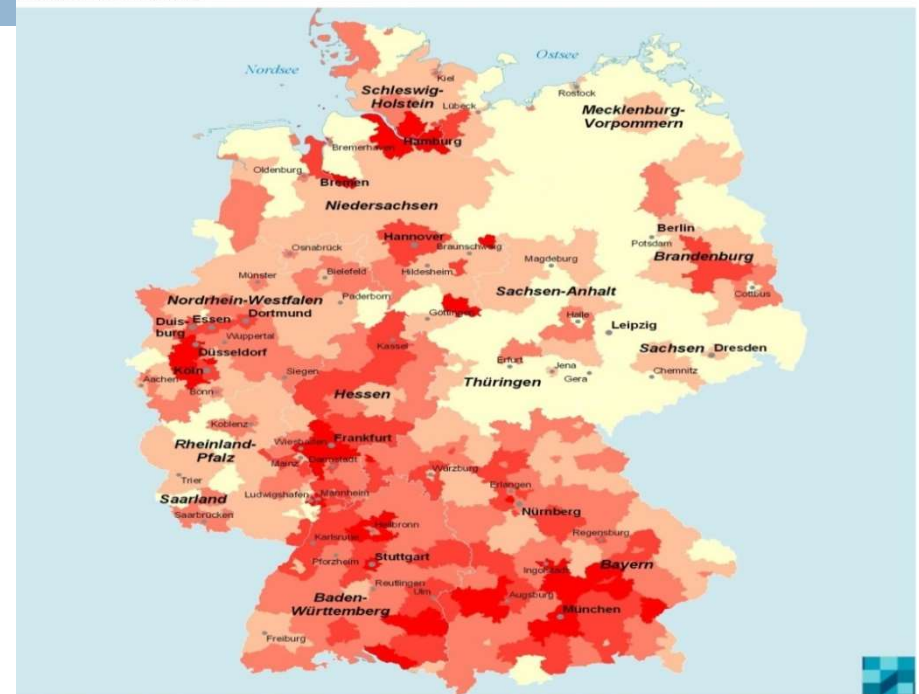
74

Nominales Bruttoinlandsprodukt in den östlichen Bundesländern (Westdeutschland = 100)

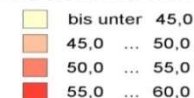


Quelle: Arbeitskreis der VGR Länder

Bruttowertschöpfung



Bruttowertschöpfung insgesamt in 1.000 € je Erwerbstätigen



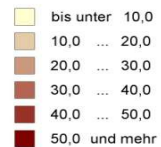
Kreise und kreisfreie Städte
Zeitbezug 2006
Datengrundlage: Arbeitskreis
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der
Länder

© 2006-2009 BBR Bonn

FuE-Beschäftigte



Beschäftigte in Forschung und Entwicklung je 1000 SV-Beschäftigte

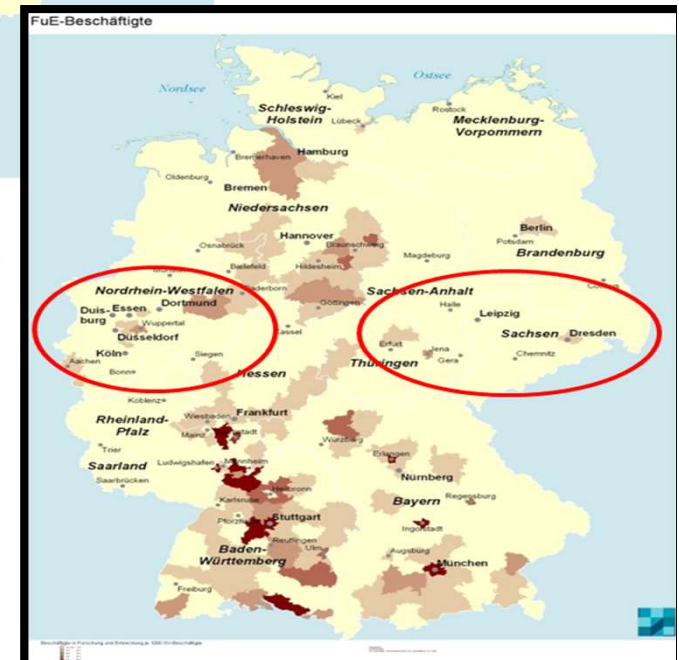


Kreisregionen
Zeitbezug 2005
Datengrundlage: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit

© 2006-2009 BBR Bonn

Problemfeld Forschungslandschaften

Prof. D. Werner Halver VWL III

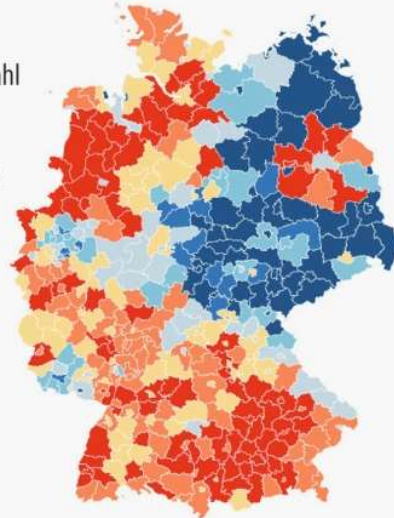


Der ländliche Raum schrumpft

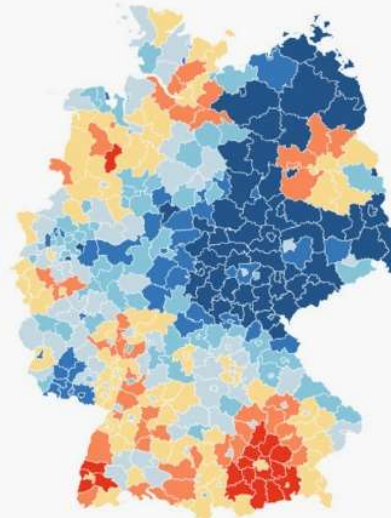
Entwicklung der Einwohnerzahl zwischen 1990 und 2012 in Prozent und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis 2035, in Prozent
(Datengrundlage: BBSR)



1990 – 2012

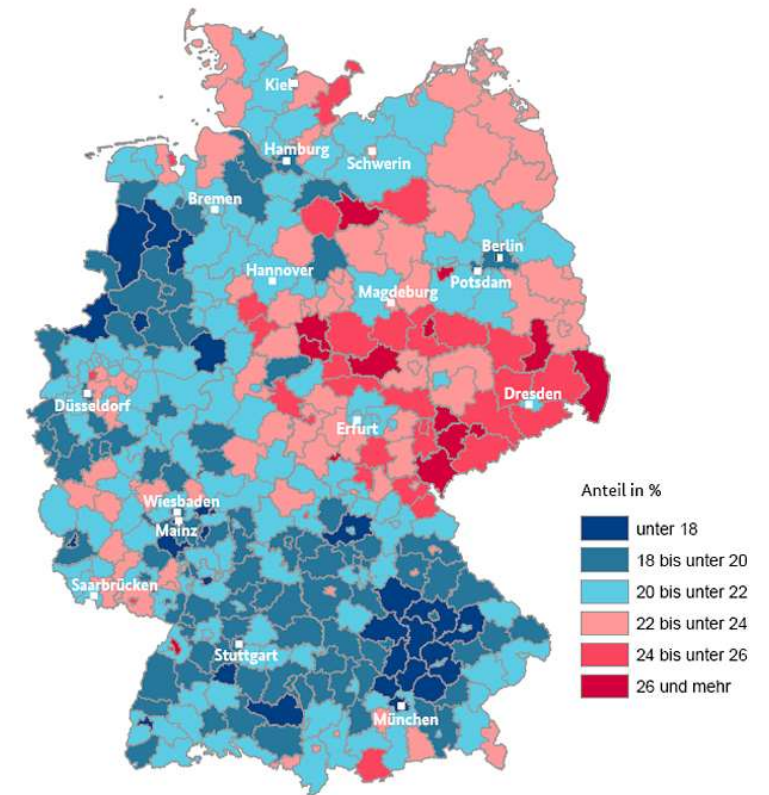


2012 – 2035



Berlin-Institut

Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren nach Kreisen, 2011

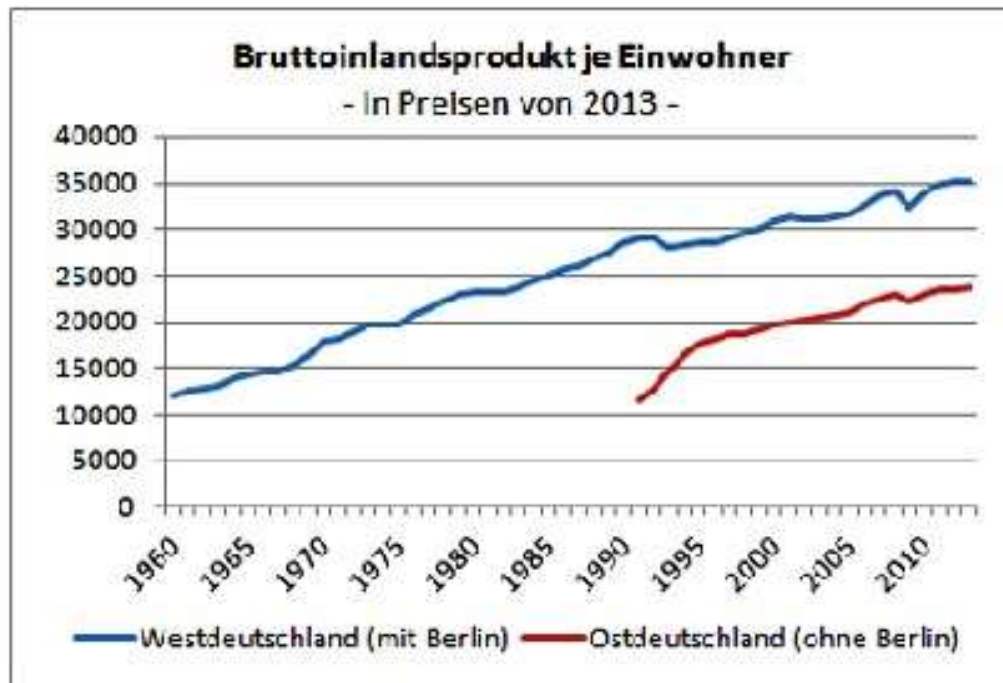


Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2012)

© BiB 2012

Die Produktivität der „neuen“ Bundesländer wächst nur noch langsam und

77

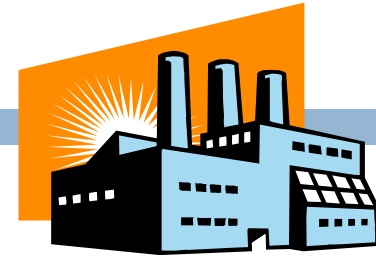


Das „Bruttoinlandsprodukt pro Kopf“ auf dem Gebiet der früheren DDR liegt seit Jahren bei etwa 66 Prozent der ehemaligen Bundesrepublik einschließlich Westberlins. Sachsen liegt mit 68,9 Prozent leicht über dem Durchschnitt. Damit liegt die Produktivität in Ostdeutschland derzeit auf einem Stand, wie ihn die alte BRD bereits um 1984 herum erreicht hatte

Abb.: ifo Dresden

Sektorale Probleme: Die Industrie

78



- Kapitalmangel
- Mangel an risikobereiten Unternehmern
- Das Problem der verlängerten Werkbank Ostdeutschland
- Qualifikationsprobleme der Mitarbeiter
- Altlastenproblematik (v.a. Chemische Industrie)

Sektorale Probleme: Der Einzelhandel

79

- Ungeklärte Eigentumsfragen in den städtischen Teilbereichen
- Trend zum Shopping Center auf der grünen Wiese (Peripherie)
- Einkaufsverhalten der Ostdeutschen (zunächst verschwinden die ostdeutschen Marken)



Sektorale Probleme: Die Landwirtschaft

80

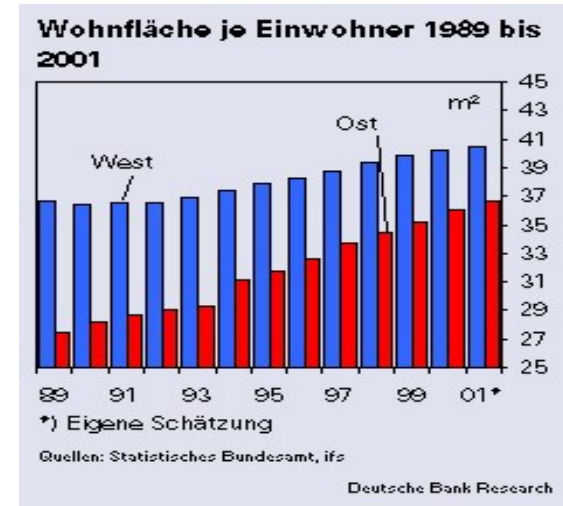
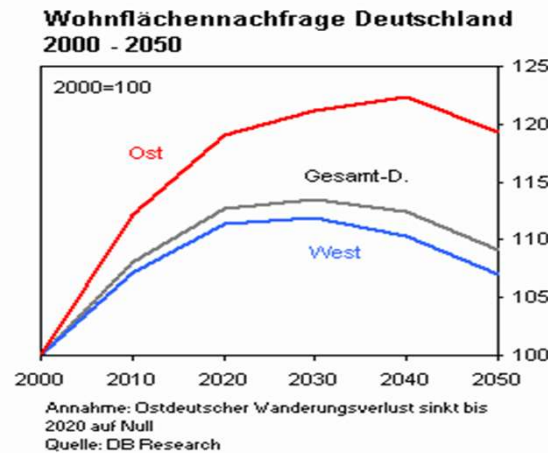
- Europäische Vorgaben: Mindestpreise, Quoten sowie Prämien für eine Flächenstillegung
- Agrarsozialstruktur (Größe der Flächen) innerhalb Europas
- Qualität der Böden
- Enteignung und Restitutionsansprüche



Sektorale Probleme: Der Wohnungsbau

81

- Plattenbauten
- Förderungsprobleme
- Bedarfsänderung qualitativ
- Bedarfsänderung quantitativ durch Binnenwanderungen



Problemfeld Demographie/Migration



Bewertung des bisherigen Transformationsprozesses

83

- Erfolgreiche **Modernisierung der Industrie** bei anhaltend großen Strukturproblemen **+**
- **Subventionen als Dauerproblem** belastet die öffentlichen Haushalte und die Wettbewerbsfähigkeit **+/-**
- Regional **schwache Innovationstätigkeit** erfordert den Ausbau von Bildungs- und Forschungsclustern **+/-**
- **Ungünstige demographische Prognose** belastet die Arbeitsmärkte und zwingt zu neuen Konzepten im Städtebau **-**



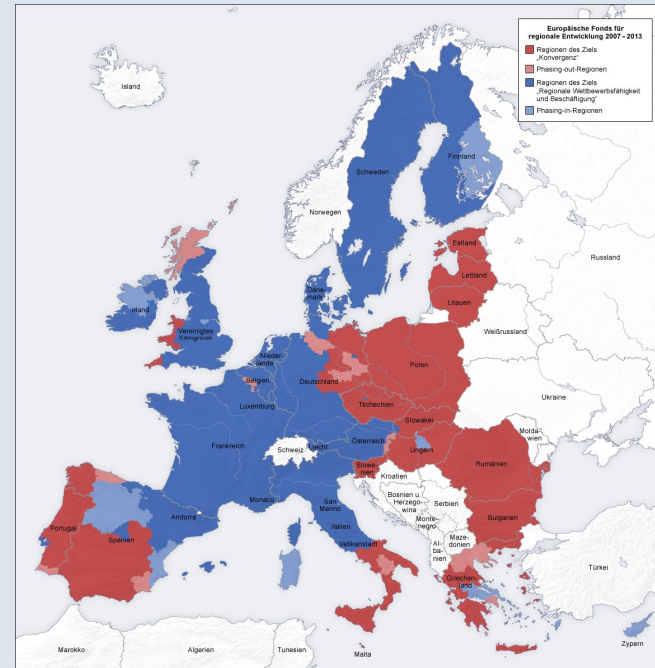
Ostdeutschland - Ein Mezzogiorno-Problem?

84



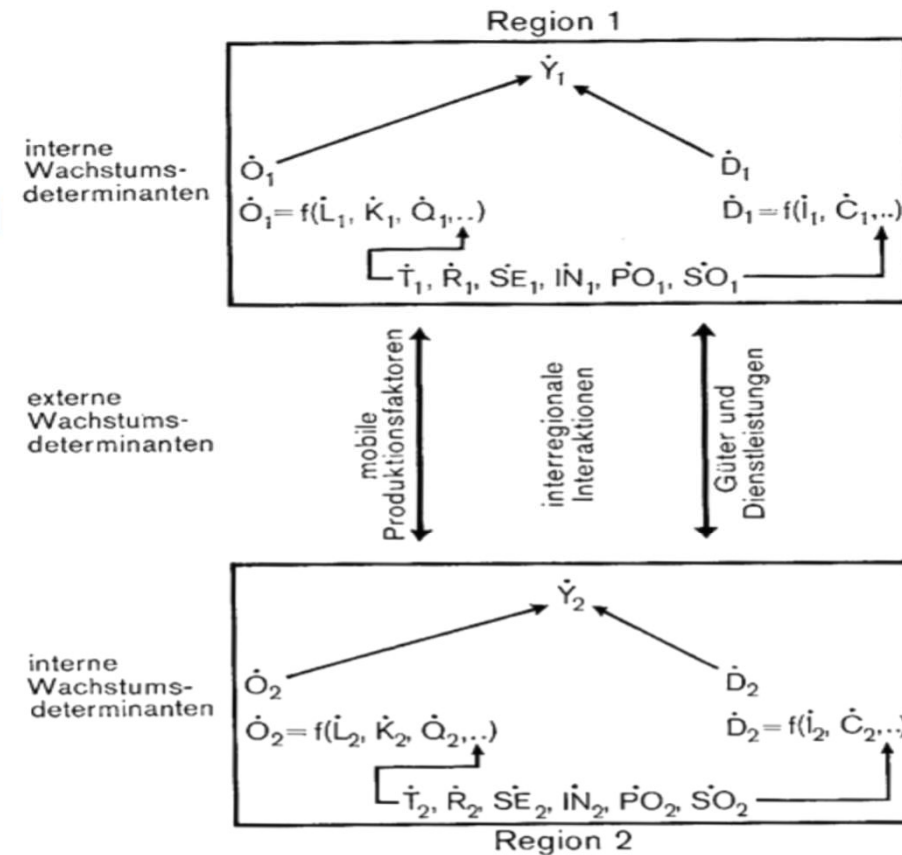
Vorrangige Aufgaben für die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre

- **Markoökonomische Dimension:**
 - Wachstumspolitik um selbsttragende Entwicklungen zu ermöglichen (ökonomische Nachhaltigkeit)
 - Ansiedlung von F&E Einrichtungen sowie von Unternehmenszentralen (Erhöhung der Wertschöpfungstiefen)
 - Flexible Arbeitsmarktpolitik zur Qualifikation von Pfadabhängigkeitspotenzialen und evolutorischen Potenzialen
- **Regionalökonomische Dimension:**
 - Passive Sanierung und ökologische Nachhaltigkeit
 - Verstärkung von potentialgeprägten Clustern



Regional- ökonomisches Entwicklungs-modell: Klassik/ Neoklassik I

Theorie



Y = reales Einkommen
O = Output
D = Nachfrage
L = Arbeit
K = Kapital
Q = Boden
T = technischer Fortschritt

R = Raumstruktur
SE = Sektoralstruktur
IN = Infrastruktursystem
PO = politisches System
SO = soziales System
I = Investitionsgüter
C = Konsumgüter

Regional-ökonomisches Entwicklungsmodell: Klassik/Neoklassik II – Die Übertragung auf die Region

88

Theorie

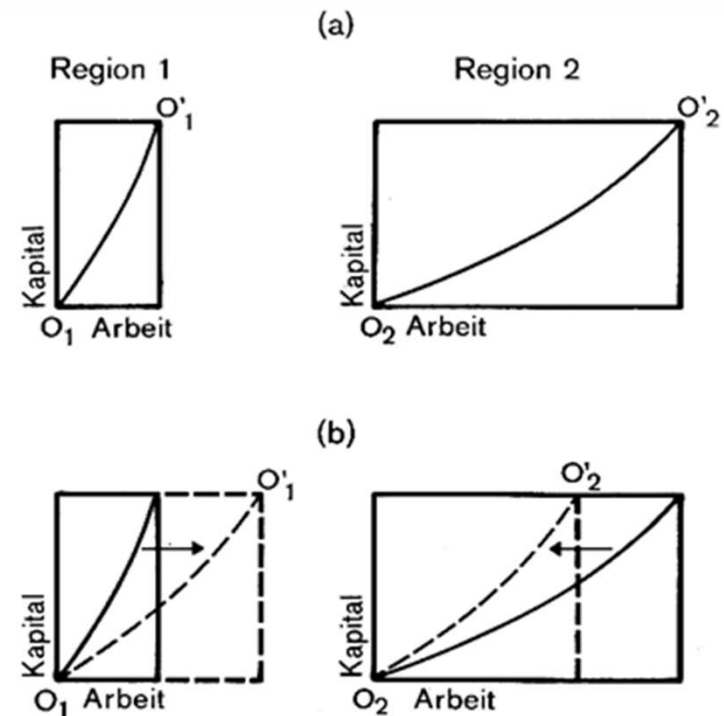
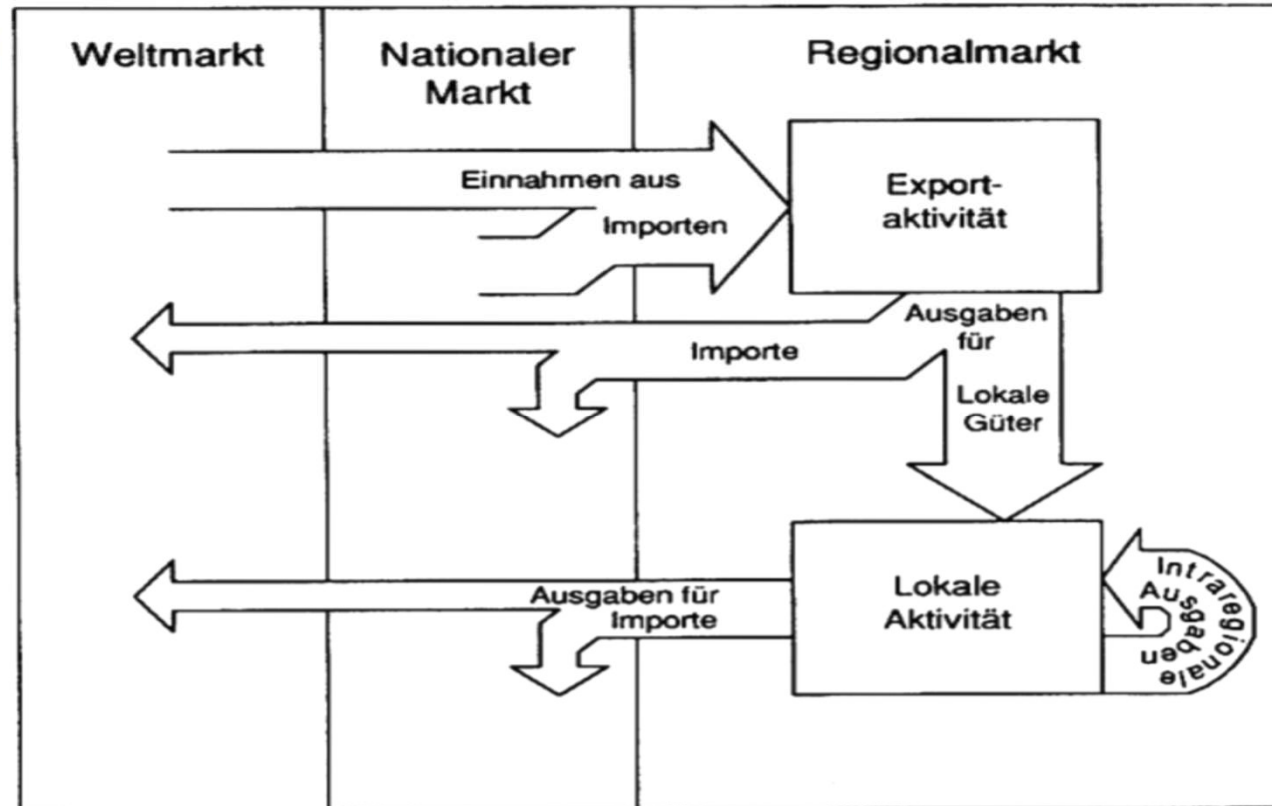


Abb. 2.25 Angleichung der Faktorentgelte durch Faktormobilität
Entwurf: nach H. Siebert (1970b, S. 64 f.)

Die Export-Basis-Theorie

Theorie

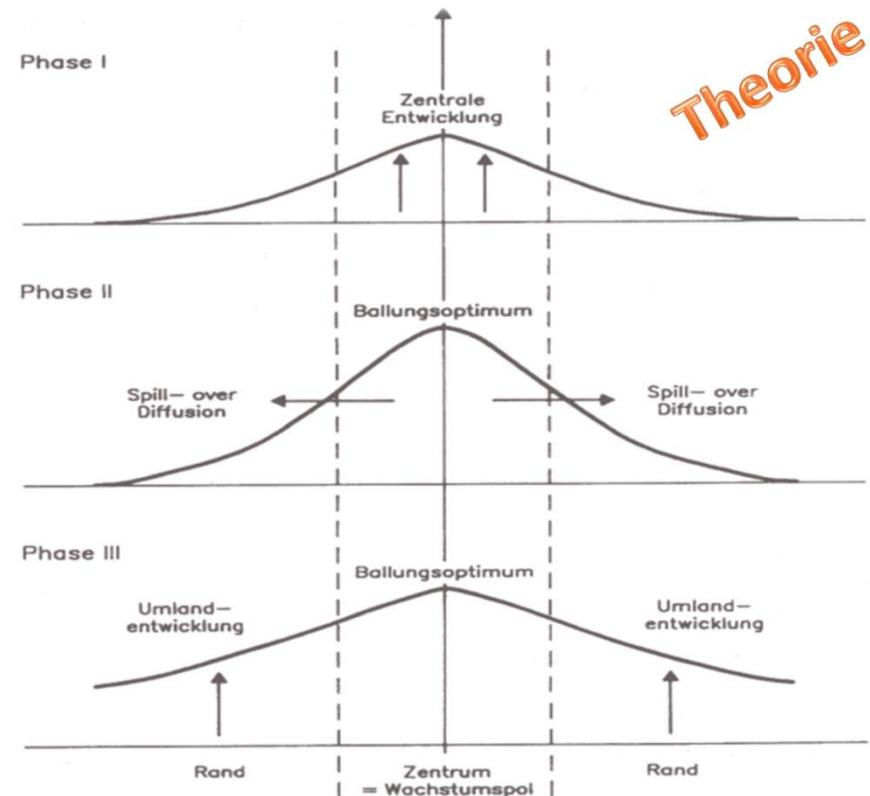
89



Die regionalökonomische Komponente der Wirtschaftspolitik: Entwicklungs- oder Wachstumspoltheorie nach Perroux

Art. 72 Abs. 2 GG: **Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse** im Bundesgebiet (Sozial-Transfers)

- Anwendung der **Entwicklungspol-Theorie**: Clusteraufbau; Industriepolitik (Mikroebene)
- Gewährung von Investitionshilfe für Unternehmen (v.a. **Kapitalstockförderung**)



Quelle François Perroux 1937





Grundlegende Aufgabenstellungen im Transformationsprozess

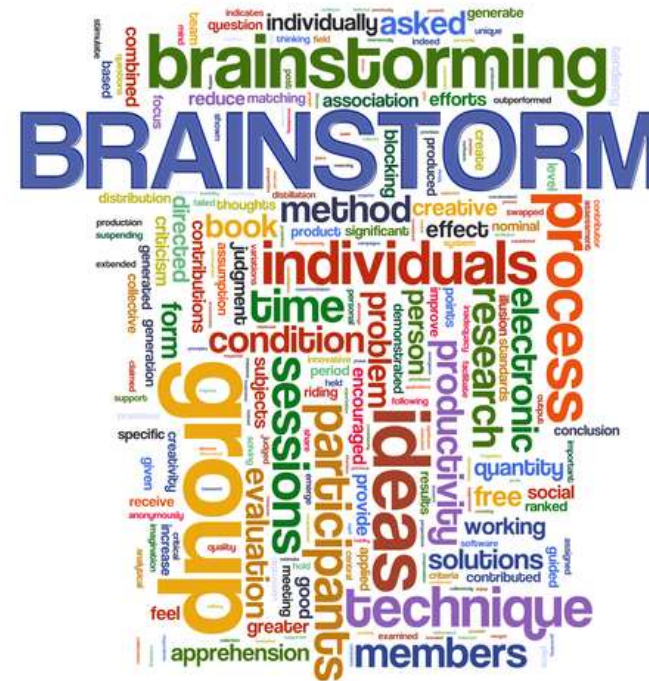
Prof. D. Werner Halver VWL III

Wirtschaftspolitische Aufgabenstellung:

Wie gestaltet man wirtschaftspolitisch den Transformationsprozess?

92

- ❑ Geldpolitik:
- ❑ Arbeitsmarktpolitik:
- ❑ Unternehmenspolitik:
- ❑ Standortpolitik:
- ❑ Sozialpolitik:



Vorrangige Aufgaben für die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre

93

- **Markoökonomische Dimension:**
 - Wachstumspolitik um selbsttragende Entwicklungen zu ermöglichen (ökonomische Nachhaltigkeit)
 - Ansiedlung von F&E Einrichtungen sowie von Unternehmenszentralen (Erhöhung der Wertschöpfungstiefen)
 - Flexible Arbeitsmarktpolitik zur Qualifikation von Pfadabhängigkeitspotenzialen und evolutorischen Potenzialen

- **Regionalökonomische Dimension:**
 - Passive Sanierung und ökologische Nachhaltigkeit
 - Verstärkung von potentialgeprägten Clustern